

UNIA



Kirill Buketov

DIE ZEITUNG DER GEWERKSCHAFT.

work

Gewerkschafter: «Alles fällt auseinander. Wegen Putin.» Seiten 12–15



Arbeitszeit und CO₂ senken hilft
Tausende an Demos für öko-sozial-feministische Wende. Seite 22

Büezer retten 30 Alstom-Jobs
Die Zugherstellerin plante in der Waadt einen Job-Kahlschlag. Der Widerstand zeigt erste Erfolge. Seite 6

Le Pen oder doch lieber Macron?
Frankreich hat die Wahl zwischen Pest und Cholera. Seite 11

Organe: Spenden oder behalten?

Am 15. Mai stimmen wir über die «Widerspruchslösung» ab. Was heisst das jetzt genau? Seiten 18–19

Christian Smalls ist Präsident der ersten Gewerkschaft im Reich des zweitreichsten Mannes der Welt:

Der Amazon-Bändiger

Seite 9



SUCHEN SIE DAS EI!
Wir haben für Sie ein Oster-
ei gelegt und versteckt.
Wo ist es? Fröhliches Suchen!



workedito
Marie-Josée Kuhn

TAG 48 IM KRIEG*

Inzwischen befinden sich rund 4,5 Millionen Menschen aus der Ukraine auf der Flucht. Das schätzt das UN-Flüchtlingskommissariat UNHCR. Unter den Flüchtenden sind viele Kinder. Putins Aggressionskrieg habe zur «schnellsten und grössten Fluchtbewegung von Kindern seit dem Zweiten Weltkrieg» geführt. Das sagt Catherine Russell, die Exekutivdirektorin des Uno-Kinderhilfswerks Unicef. Von den Zurückgebliebenen in der Ukraine haben schätzungsweise 1,4 Millionen Menschen

Dürfen wir zugeben, dass wir grad nicht weiterwissen?

mehr zu sauberem Wasser und schätzungsweise 4,6 Millionen nur eingeschränkten Zugang zu Wasser. Mehr als 450 000 Kinder zwischen 6 und 23 Monaten brauchen Nahrungsmittelhilfe. Bomben, Zerstörung und Tod: Das Leid der ukrainischen Bevölkerung ist erdrückend. Und die Bilder der Greuel-taten von Butscha sind nur noch verstörend. Sie stürmen auf uns ein. Sie erobern uns im Sturm. «Wie sollen wir darauf reagieren?» So fragt die deutsche Journalistin und Buchautorin Kathrin Gerlof zu Anfang ihres Essays auf Seite 3. Sollen wir mit Rache reagieren? Mit mehr Waffen? Oder mit Ignoranz?

INNEHALTEN. Damit steckt Gerlof das grosse Dilemma ab, in das uns diese Bilder des Grauens stürzen. Sie findet überhaupt erst mal Worte für das Unsägliche. Und das tut gut. Gerlof analysiert nicht den Krieg, sondern das, was er mit uns macht. Sie hat keine fertigen Rezepte, wie sie derzeit so viele (vor allem männliche) Kriegskommentatoren feilbieten. Gerlof weiss auch nicht alles besser. Was zu tun sei und was nicht. In Anbetracht des Schreckens plädiert sie erst einmal fürs Innehalten. Weil: «Bilder haben die grösste Macht, in einer bereits eskalierten Situation eine Entscheidung für die weitere Eskalation zu treffen.» Bilder nährten die Empörung und Verzweiflung. Und den menschlichen Wunsch nach Rache. Das sei zwar verständlich, so Gerlof. Und dennoch: Wir dürften dieser «verständlichen, aber gefährlichen Neigung nicht nachgeben, auf eine schlimme Krise mit der Verstärkung jener Strategien und Praktiken zu reagieren, die mit Ursache der Krise waren».

FURCHTBARES DILEMMA. Innehalten und die eigene Ohnmacht aushalten, in den uns dieser ohnmächtige Krieg stürzt. Das ist angesichts von Putins Aggressionskrieg fast nicht zum Aushalten. Wohl drum all die fertigen Rezepte. Die Besserwisserei. Oder schlicht auch nur diese atemlos schreiende Empörung. Der erste professionell geführte Social-Media-Krieg der Geschichte produziert maximale Mengen an Bildern. Und er verlangt von uns maximale Empörung. Sofort. Immer. Und überall. Nur: Müssen wir ihm diese auch geben? Weil wir sonst herzlos und zynisch sind? Weil einem Krieg nur mit Kriegslogik beizukommen ist? Oder dürfen wir trotz allen Leids in der Ukraine und anderswo kurz innehalten? Zugeben, dass wir grad nicht weiterwissen? Ohne dafür als «Putin-Versteher» und «Kriegs-Verharmloserinnen» beschimpft zu werden? Weil wir es auch nicht sind. Aber dennoch keinen einfachen Ausweg aus diesem furchtbaren Dilemma sehen. Dürfen wir das?

* bei Redaktionsschluss

Indien: Millionen Frauen und Männer am nationalen Streik «Rettet die Menschen! Rettet das Land!»

Der Bankangestellte war dabei, der Industriearbeiter und auch die Kleinbäuerin: Millionen Beschäftigte protestierten in Indien gegen die unbarmherzige Politik ihres Ministerpräsidenten Modi.

MICHAEL STÖTZEL

Es waren viele Millionen Inderinnen und Inder, die Ende März im «Bharat Bandh», dem nationalen Streik, auf die Strasse gingen. Die ihre Werkhallen und Baustellen verliessen, ihre Lastwagen stehen liessen, in den Häfen die Schiffe nicht löschten. Sie blockierten Strassen und Züge, sie zwangen Banken und Behörden zur Schliessung der Schalter und Büros. Bäuerinnen mit ihren Familien waren dabei, viele Frauen prägten die Bilder von den Demonstrationen. Und auffällig war auch die Teilnahme der ganz Elenden, die im ganz Unten irgendwie ihr Auskommen suchen müssen. Das ist die übergrosse Mehrheit der Beschäftigten des Landes, an die 90 Prozent schätzte kürzlich der britische Radiosender BBC.

MODIS ARBEITSGESETZ

Sie alle waren dem Aufruf zum Streik von zehn nationalen Gewerkschaften und Gewerkschaftsverbänden gefolgt, um unter der gemeinsamen Parole «Rettet die Menschen! Rettet das Land!» gegen die Wirtschafts- und Sozialpolitik des rechten, hindu-nationalistischen Regierungschefs Narendra Modi zu protestieren. Grund genug haben alle, denn Modis neues Arbeitsgesetz erschwert ihr Leben beträchtlich, selbst denen, die eine feste Anstellung haben. Künftig können die Unternehmen ganz legal Gelegenheitsarbeitende anstellen, ihren Leuten längere Arbeitszeit aufdrücken, die Löhne kürzen und sie problemlos wieder auf die Strasse stellen. Die Streikenden verlangten von der Regierung Modi, dieses Gesetz wieder zurückzuziehen. Zudem soll sie die Pläne zur



PROTEST GEGEN SOZIALABBAU: Streikende blockieren einen Zug in Kalkutta. FOTO: GETTY

Privatisierung öffentlicher Unternehmen fallenlassen. Und die langfristige Verpachtung von Eisenbahnen und Elektrizitätsnetzen. Eine Reichensteuer soll die Mittel für höhere Investitionen in die Landwirtschaft, die Bildung und die Gesundheitsversorgung abwerfen. Weitere Forderungen sind: höhere Mindestlöhne und Mindestrenten, finanzielle Unterstützung für alle Familien, die so arm sind, dass sie keine Einkommenssteuer zahlen müssen, formelle Anstellung und Sozialversicherung für alle Beschäftigten im Gesundheitsbereich, Senkung der Steuern bei Brennstoffen.

POLITISCHE ZAHLEN

Mehr als 200 Millionen Menschen hätten sich am zweitägigen Streik für ein besseres Leben engagiert, sagen die Gewerkschaften. Ihre Erwartung sei damit eingetroffen. Auch nur einigermaßen überprüfbare Zahlen zur Streikteilnahme gibt es allerdings nicht, kein Wunder bei der Grösse des Landes und dem riesigen informellen Wirtschaftssektor. Die britische Tageszeitung «The Guar-

dian» geht von lediglich 50 Millionen aus, die auf den Strassen und Plätzen protestierten. Die konservative «Times of India», die grösste englischsprachige Zeitung des

Millionen Menschen protestierten gegen Narendra Modis neues Arbeitsgesetz.

Landes, höhnte denn auch in ihrem Leitartikel, dieser Streik sei «ein Luxus, den sich die verletzlichen Arbeiter im informellen Sektor nicht leisten können».

So scheint denn auch die Regierung mit ihrer satten Parlamentarität und nach den klaren Erfolgen ihrer Gefolgsleute bei den Regionalwahlen im letzten Monat bisher keinen Grund zu sehen, auf die Proteste einzugehen. Auch deshalb erinnert Modis Politik gegen die abhängig Beschäftigten einen Wahlkommentator an das Wirken der berüchtigten ehemaligen britischen Premierministerin Margaret Thatcher.

Modis Indien:

Narendra Modi ist seit 2014 Indiens Premierminister. Mit seiner Partei BJP verfolgt er eine konservative, unsoziale und aggressiv hindu-nationalistische Politik. Unter Modi erlebte Indien nicht nur heftigsten Sozialabbau, Privatisierungen und die Deregulierung des Arbeitsgesetzes. Sondern auch eine Zunahme von Hass und blutiger Gewalt vor allem gegen Muslime.

RADIKAL. Im Bundesstaat Uttar Pradesh etwa macht sich der BJP-Politiker und Chief Minister Yogi Adityanath für Modi stark. Adityanath ist ein radikaler Mönch mit dem Ruf eines «Muslimfressers». Nicht nur hat er den Spiel- und Lebensraum der Muslime systematisch und per Dekret eingeengt. Er lässt keine Gelegenheit aus, gegen sie zu sticheln und sie damit zum Freiwill zu erklären – begleitet vom lauten Schweigen aus der Regierungszentrale in Delhi. Modi will die indische Demokratie in einen radikalen Hindu-Staat umwandeln. (ms)

Abschaffung der Verrechnungssteuer für Reiche: Referendum eingereicht Stoppen wir auch diesen Raubzug!

Rund 60 000 Menschen haben das Referendum gegen die Förderung der Steuerkriminalität unterschrieben. Es geht um Hunderte von Millionen Franken im Jahr.

CLEMENS STUDER

Die rechte Mehrheit im Bundesparlament lanciert Angriff um Angriff auf die Kassen der öffentlichen Hand. Das Volk hat sie am 13. Februar schon bei der Emissionsabgabe gestoppt. Und im Herbst kann es jetzt auch den bisher dreitesten Angriff auf die öffentliche Hand abwehren: die Abschaffung der Verrechnungssteuer für Superreiche und Steuerkriminalität.

Darum geht es: Die Verrechnungssteuer von 35 Prozent wird abgezogen, bevor Einkünfte aus beweglichem Vermögen ausbezahlt

werden, also vor allem Zinsen und Dividenden. Wer seine Zinserträge – und damit indirekt auch sein Vermögen – in der Steuererklärung angibt, bekommt sie zurückerstattet. Deshalb ist die Verrechnungssteuer auch eine «Sicherungssteuer». Erhoben wird sie vom Bund, 10 Prozent der Erträge gehen an die Kantone.

Pro Jahr nimmt der Bund mehrere Hundert Millionen Franken ein, weil nicht alle einbehaltenen Verrechnungssteuern zurückgefordert werden. Und weil sich Steuerkriminalität nicht outen wollen. Diese Millionen sind eine Entschädigung für die Allgemeinheit.

Der Plan der rechten Parteien:

Die Rechten von SVP bis GLP haben ein neues Steuerschlupfloch für Reiche, Superreiche und Steuerkriminalität beschlossen. Wie von Banken und der Finanzindustrie bestellt, soll die Ver-



REFERENDUM: SGB-Chef Pierre-Yves Maillard bei der Einreichung der über 60 000 Unterschriften.

FOTO: SGB

rechnungssteuer auf inländischen Obligationen und Obligationenfonds ganz wegfallen.

Nur Grossanleger und Steuerkriminalität würden entlastet.

Zinseinnahmen aus normalen Bankguthaben inländischer Privatpersonen wollen die rechten

Parteien weiterhin der Verrechnungssteuer unterstellen.

Während Steuerkriminalität und Grossanleger entlastet werden, geraten Lohnabhängige wegen steigender Krankenkassenprämien und Mieten immer mehr unter Druck. SGB-Präsident und SP-Nationalrat Pierre-Yves Maillard sagt: «Die Rechten vergrössern diese Ungleichheit immer weiter.»

Aufgrund der Feiertage war der Redaktionsschluss dieser work-Ausgabe schon am 12. April.



ZERSTÖRTE STADT: Eine Strasse in Butscha. FOTO: GETTY

Über die schrecklichen Bilder eines Krieges: Ein Essay

Unser Umgang mit dem grossen Leid

Wie sollen wir auf die Greuelthaten von Butscha reagieren? Mit Rache? Mit mehr Waffen? Oder mit Ignoranz? Autorin Kathrin Gerlof über das Dilemma, in dem wir stecken.

KATHRIN GERLOF*

Im schlimmsten Fall wird Wortklauberei als Versuch gesehen, etwas Monströses relativieren zu wollen. Wenn Bilder auf uns einströmen (nicht umsonst nennen wir es so, denn wir fühlen uns im Sturm erobert), gelingt es nur schwer, sich im Griff zu haben. Wer angesichts von Bildern dafür plädiert, nun erst einmal innezuhalten, den ersten Impulsen nicht nachzugeben, gilt schnell als herzlos. Bilder haben die grösste Macht, in einer bereits eskalierten Situation eine Entscheidung für die weitere Eskalation zu treffen. Sie sind am besten geeignet, Empörung, Verzweiflung und den Wunsch

Wir müssen davon ausgehen, dass eine militärische Eskalation die Zahl der Toten vervielfältigen wird.

nach Rache zu nähren. Keine noch so gute Rede schafft dies. Kein noch so ausgewogener Bericht. Seit aus der Nachrichtenwelt wesentlich eine Welt der Bilder geworden ist, ist es ungeheuer schwierig geworden, dem emotionalen Chaos zu entkommen.

Wir sind bereit, dem Hören eine Relativierung beizugeben, wenn wir vom Hörensagen sprechen. Für Bilder gibt es keine Entsprechung. Butscha

macht uns wund. In der Sprache von Konventionen, also unterzeichneten Übereinkünften, mag es richtig sein, das Wort «Krieg» zu tautologisieren, indem wir ihm das «Verbrechen» zur Seite stellen. Aber jeder Krieg ist Verbrechen. Und auch wenn uns in der Vergangenheit immer wieder erzählt worden ist, dass die Segnungen moderner Technik so eine Wundertat wie gezielte Tötung per Drohne ermöglichen, wissen wir, dass es NICHT stimmt. Jeder verdamnte Krieg, in der Vergangenheit, in der Gegenwart und in der Zukunft, nährt sich auch vom Leben jener, die ihn nicht zu verantworten haben. Da helfen keine Konventionen. Die sind im besten Fall dafür gut, Menschen für ihre Verbrechen zur Verantwortung ziehen zu können. Da sind die Toten aber längst begraben und oft bereits zu Staub geworden. Die lange Zeit zwischen dem Verbrechen und einer möglichen Bestrafung der Verbrecher ist kaum auszuhalten. Schlimmer noch: Dieses Vorgehen verspricht in mancher Hinsicht überhaupt keine Linderung.

DRANG NACH RACHE

Am 6. April jährte sich zum 30. Mal der Beginn des Bosnien-Krieges. Die Jugoslawien-Prozesse haben uns gelehrt, wie mühsam es ist, Schuldige zur Verantwortung zu ziehen. Wie unbefriedigend es bleibt und wie wenig die kühle Sprache der Rechtsprechung geeignet scheint, das Leiden der Opfer zu lindern, die Trauer über die Toten zu mildern, die Wut zu beschwichtigen. Deshalb wollen wir Rache. Vor allem aber wollen wir, dass ganz schnell etwas passiert. Der weise Rat von Unbekannt, mit dem Graben aufzuhören, wenn man in einem tiefen Loch steckt, hilft da auch nicht. Der Wunsch nach Rache ist sehr wirkmächtig. Ihn als unzivilisiert abzutun wäre falsch. Denn ihn zu befriedigen ist nicht selten Bestandteil der Politik. Jedes Land, in dem die Todesstrafe

gilt, bezweckt damit nicht nur, Macht über Leben und Tod zu demonstrieren, sondern auch, Rachegefühle zu befriedigen.

SCHWERE ENTSCHEIDUNGEN

Unser Dilemma besteht darin, dass wir uns dem Wunsch nach Rache nicht vollständig entziehen können, gleichzeitig aber davon ausgehen müssen, dass eine militärische Eskalation die Zahl der Toten vervielfältigen wird. Aber wenn wir nichts tun, wird es doch auch noch viel mehr Tote geben, denken wir dann. Und vielleicht lässt sich mit ganz vielen Waffen der Krieg ganz schnell beenden? Die Erfahrungen sagen zwar, dass es so nicht ist, aber möglicherweise gelingt es diesmal. Steht dem jedoch nicht entgegen, dass jeder Zivilist und jede Zivilistin, der oder die eine von uns gelieferte Waffe in die Hände nimmt, um damit zu kämpfen, nicht mehr von der Genfer Konvention und ihren Zusatzprotokollen geschützt ist? Ist diese Frage nicht insofern unsinnig, als wir ja die Bilder von Butscha gesehen haben? Das waren doch Zivilisten, die da ermordet auf den Strassen gelegen haben? Wissen wir noch nicht hundertprozentig sicher? Doch, wir haben die Bilder gesehen. Sollen wir jetzt echt warten, bis das irgendwann mal vollständig aufgeklärt ist? Nicht euer Ernst!

Wieder auf «Los». Mehr Waffen in die Ukraine, vielleicht sollte die Nato doch eingreifen? Das mit den Sanktionen dauert viel zu lange, Verhandlungen dauern viel zu lange, die Bestrafung der Verantwortlichen wird eine gefühlte Ewigkeit brauchen.

All unsere Erfahrungen der vergangenen Jahrzehnte über die Wirksamkeit militärischer Lösungen im Fall bereits militärisch eskalierter Konflikte helfen nicht viel. Mehr noch, sie stören unsere ersten Impulse, vergrössern möglicherweise unsere Verzweiflung und zwingen uns vielleicht, zuzugeben, dass wir gerade nicht weiterwis-

sen. Aber wir müssen sie uns vergegenwärtigen, um nicht der verständlichen, aber gefährlichen Neigung nachzugeben, auf eine schlimme Krise mit der Verstärkung jener Strategien und Praktiken zu reagieren, die mit Ursache der Krise waren. Die nun versprochene Auf- und Hochrüstung gehört dazu.

Der Philosoph Immanuel Kant hat uns gelehrt, dass wir immer nur eine persönliche, von uns bearbeitete Version der Welt haben können und kennen. Alle Daten, die uns geliefert werden, filtern wir mit Hilfe unseres neuroanatomischen Systems. Wir können dem nur entgegensetzen, möglichst viel und möglichst möglichst umfangreicher Informationen der Realität so nahe wie möglich zu kommen und dann die bestmöglichen Entscheidungen zu treffen. Butscha macht uns das unglaublich schwer. Entlässt uns aber nicht aus der Verantwortung.

Kathrin Gerlof



Die deutsche Journalistin Kathrin Gerlof (*1962) lebt und arbeitet in Berlin. Sie ist Chefredaktorin der linken Wirtschaftszeitung OXI, schreibt als freie Journalistin für verschiedene Medien und ist als Filmemacherin, Texterin und Autorin tätig.

Der hier abgedruckte Artikel erschien zuerst in der deutschen Wochenzeitung «Der Freitag».

Kantone horten Milliarden

BERN. Trotz Coronapandemie haben die Kantone im vergangenen Jahr vorwärtsgemacht. Und wie! Über 5 Milliarden Franken mehr als budgetiert landeten in den Kantonskassen. Für den Schweizerischen Gewerkschaftsbund (SGB) ist klar: Das Geld darf nicht länger endlos angehäuft werden, sondern muss der Bevölkerung zugutekommen. Etwa mit höheren Verbilligungen für die Krankenversicherung. Schliesslich fressen die Prämien in einem Durchschnittshaushalt mittlerweile weit über 12 Prozent des Bruttolohns.

Novartis: Tausende Jobs in Gefahr

BASEL. Der Pharmakonzern Novartis will weltweit Tausende Stellen streichen, eine dreistellige Zahl davon in der Schweiz. Das bestätigen laut Medienberichten mehrere interne Quellen. Am 4. April verkündete Novartis-



Novartis-CEO Vasant Narasimhan. FOTO: KEYSTONE

CEO Vasant Narasimhan, dass der Konzern bis 2024 rund eine Milliarde Dollar einsparen will. Die Unia Aargau-Nordwestschweiz warnte ihn bereits dann davor, «Betriebssteile weiter auszuquetschen, die schon in den letzten Jahren von Entlassungen betroffen waren». Novartis machte zuletzt einen Rekord-Reingewinn von 24 Milliarden Dollar.

Energie: Nur 103 Tage unabhängig

ZÜRICH. Die Schweiz ist abhängig von Energie aus dem Ausland – und zwar extrem abhängig, wie die Schweizerische Energienstiftung (SES) jetzt berechnet hat: Die Unabhängigkeitsquote liegt gerade mal bei 28,1 Prozent. Das heisst: Könnten wir ein Jahr lang nur einheimische Ressourcen verbrauchen, stünde nach 103 Tagen (d.h. seit dem 12. April) alles still. Das ist laut SES im europäischen Vergleich ein Wert «im hinteren Mittelfeld». Und vor allem einer, der mit einem Sofortprogramm rasch verbessert werden könne. Mit einer Solaroffensive und dem Ersatz fossiler Heiz-Systeme.

Orpea-Konzern will sich bessern

PARIS. Der Altersheim-Konzern Orpea, zu dem auch die 37 Schweizer Senevita-Heime gehören, will ab sofort mit den Gewerkschaften zusammenarbeiten. In einem Abkommen mit der Dachgewerkschaft UNI Global hat sich Orpea (70000 Mitarbeitende in 23 Ländern) zu Dialog und Kollektivverhandlungen verpflichtet. Gewerkschaften erhalten zudem Zutritt zu allen Heimen. Für Adrian Durtschi von UNI Global ist der Vertrag wegweisend: «Das eröffnet die Chance, die Bedingungen in der ganzen Branche zu verbessern.»

Solidarität mit Ukrainerinnen und Ukrainern auf der Flucht

So kommt Ihre Hilfe am besten an

Spenden, aber richtig: Geldspenden sind sinnvoller als Sachspenden – und weitere nützliche Infos rund um die Unterstützung von Ukraine-Flüchtlingen.

MICHAEL STÖTZEL

Bereits sind 4,5 Millionen Menschen aus der Ukraine geflohen, innerhalb der Ukraine sind 7,3 Millionen Menschen auf der Flucht, zählt das UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR. Die schnellste und sicher auch effektivste Unterstützung für diese Menschen bieten professionelle Hilfswerke mit ihren oft lang-

Solidar unterstützt zwei Hilfsprojekte in Rumänien.

Jährigen Kontakten vor Ort. Orientierung für Spenderinnen und Spender bietet dazu die NGO-Kontrollorganisation Zewo, die ehemalige «Zentrale Anlaufstelle für Wohlfahrtsunternehmen». Sie hat speziell für die Ukraine-Solidarität eine Liste mit vertrauenswürdigen Hilfswerken veröffentlicht: zewo.ch.

GELDSPENDEN

Alle dort aufgeführten Organisationen bieten auf ihren Homepages unkomplizierte Spendenmöglichkeiten an. Da Sachspenden sehr zeitintensiv, der Transport teuer und die Logistik aufwendig sind, rät Zewo aktuell davon ab.

Mittlerweile ist Rumänien mit 650 000 Menschen nach Polen das Land, das am meisten Geflüchtete aufgenommen hat. In Rumänien ist das gewerkschaftsnahe Hilfswerk Solidar Suisse tätig, zu dessen regelmässigen Spenderinnen die Unia gehört: solidar.ch. Solidar Suisse arbeitet dort mit zwei Organisationen zusammen, die sich in den Städten Timisoara und Brasov seit längerem um Migrantinnen und Migranten kümmern. Die Solidar-Suisse-Partnerorganisationen haben dort provisorische Kindergärten aufgebaut und informieren die Geflüchteten über ihre Möglichkeiten und Rechte, wo sie Unterstützung für medizinische oder rechtliche Fragen erhalten und wo sie ein Dach über dem Kopf finden.

Auch der Internationale Gewerkschaftsbund (IGB) sammelt Spenden für seine Solidaritätsarbeit. Der IGB unterstützt Gewerkschaften in Nachbarländern der Ukraine, etwa in Polen, der Slowakei, Ungarn, Rumänien und Moldawien: petitions.ituc-csi.org/support-ukraine-de.

Die Glückskette setzt ihre Spendensammlung für die Ukraine fort: rebrand.ly/glueckskette-ukraine. Die Spenden werden von verschiedenen Hilfswerken für Notunterkünfte, Verpflegung und medizinische Soforthilfe in den Anrainerstaaten Polen, Moldawien, Rumänien, Slowakei und Ungarn verteilt.

Caritas Schweiz unterstützt in den Nachbarländern die Nothilfe für die Aufnahme, Unterbringung und Versorgung der Flüchtenden: caritas.ch. In der Ukraine selbst versorgt Ca-



GEMEINSAM UNTER EINEM DACH: Flüchtlinge aus der Ukraine bei einer Familie in Tramelan im Berner Jura. FOTO: KEYSTONE

ritas die intern Vertriebenen in über 60 bestehenden Sozialzentren mit sicheren Schlafplätzen, Essen, sauberem Trinkwasser, Hygieneartikeln und Medikamenten. Sachspenden nimmt Caritas Schweiz keine mehr entgegen.

Das parteipolitisch und konfessionell unabhängige Hilfswerk Helvetas setzt die Nothilfe für die Geflüchteten in Moldawien fort und unterstützt Moldawierinnen und

Moldawier, die Flüchtlinge bei sich aufnehmen: helvetas.org. An den Grenzübergängen finanziert Helvetas Kleinbusse, die die Geflüchteten in die Hauptstadt Chisinau bringen. Unter ihnen verteilt es SIM-Karten und organisiert Internet-Zugänge, damit sie mit ihren Angehörigen in Kontakt bleiben können, und kümmert sich um besonders verletzte Personen. Auch Helvetas nimmt keine Sachspenden mehr entgegen,

da Abwicklung, Transport und Logistik im Umgang mit Sachspenden zeitintensiv und teuer seien.

RECHTSHILFE

Begleitung bei Behördengängen bietet in Bern die Rechtsberatungsstelle für Menschen in Not (Eigerplatz 5, 3007 Bern, Tel.: 031 385 18 20). Sie vermittelt zudem Kontakte zu Anwältinnen und Anwälten in Zürich. Entsprechende Unterstützung bietet auch die Schweizerische Flüchtlingshilfe an: fluechtlingshilfe.ch. Sie koordiniert in Zusammenarbeit mit Partnerorganisationen die Unterbringung von ukrainischen Geflüchteten bei privaten Gastfamilien.

PRIVATE UNTERKUNFT

Dazu hat die Petitionsplattform Campax bereits Angebote von Haushalten und Betten gesammelt: act.campax.org. Mediensprecher Christian Messikommer legt allerdings Wert darauf, dass diese Angebote Absichtserklärungen sind, die von der Flüchtlingshilfe beziehungsweise den Bundesasylzentren zunächst geprüft werden. Gefordert werden ein abschliessbares Schlafzimmer für höchstens drei Erwachsene, ein Zugang zu Bad und Küche und die Verpflichtung, die Gäste mindestens drei Monate aufzunehmen.

Für viele Fragen der Ukraine-Hilfe sind die Kantone zuständig. Diese Zusammenstellung der Internetseiten der Kantone führt direkt zu den jeweiligen Ukraine-Websites: rebrand.ly/ukraine-kantone.

rosazukunft Technik, Umwelt, Politik



Vollautomatischer Güterverkehr auf Schienen: Eine neue Erfindung aus den USA kommt ganz ohne Lokomotive aus

Ehemalige Raketen-Ingenieure und -Ingenieurinnen haben ein vollautomatisches Container-System entwickelt, das die Lastwagen von der Strasse jagen soll: Den bestehenden Güterzügen sei es haushoch überlegen, behaupten sie.

Der ehemalige SBB-Chef Benedikt Weibel hat schon wieder ein Buch geschrieben. Bei Beppo dreht sich immer alles um die Mobilität, um die Eisenbahnen. Er möchte, dass die SBB morgen so vollautomatisch funktionieren wie Modelleisenbahnen heute. Sollte eigentlich möglich sein.

Für Weibel ist es sinnvoll, wenn wir die Güter über kurze Distanzen von der Schiene auf die Strasse verlagern. Elektrolastwagen werden hier nächstens nämlich den Güterverkehr übernehmen. Und über eine modifizierte Schwenkverkehrsabgabe die Schiene etwas quersubventionieren.

Aus den USA kommt eine neue, gegenteilige Idee. Ehemalige Raketeningenieurinnen und -ingenieure, die für den Tesla-Unternehmer Elon Musk gearbeitet haben, wollen mit ihrem Start-up Parallel Systems den Güterverkehr auf der Schiene neu erfinden.

BAUSTEIN 1: Für alle mit diesem System transportierten Güter werden



PARALLEL SYSTEMS: Verlagern diese Frauen und Männer, diese US-amerikanischen Jungspunde, die Güter von der Strasse auf die Schiene? FOTO: PARALLEL SYSTEMS

40-Fuss-Normcontainer verwendet. Die Innenmasse dieser Container – und nur auf die kommt es an: 12,03 Meter lang, 2,35 Meter breit, und 2,39 Meter hoch. Mit dem Volumen von 67 Kubikmetern können 26,5 Tonnen transportiert werden.

BAUSTEIN 2: Pro Container, den wir bewegen wollen, braucht es jeweils zwei fahrbare Untersätze, die mit Batterien und viel Technik ausgestattet sind. Mit diesen kann jeder einzelne Container autonom bewegt werden.

BAUSTEIN 3: Mehrere fahrbare Container lassen sich vollautomatisch zu Zügen zusammenkoppeln.

BAUSTEIN 4: Das Beladen und Entladen ist einfach und kostengünstig, weil es ohne Lokomotiven, ohne Lokführende und ohne Rangierarbeiter geht.

Die Entwickler rühmen die Vorteile des Systems:

VORTEIL 1: Ein Container rollt mit den zwei Untersätzen 800 Kilometer weit, bevor seine Batterien vollauto-

matisch wieder aufgeladen werden müssen. Die Strecke vom italienischen Genua nach Oftringen AG misst weniger als 450 Kilometer.

VORTEIL 2: Der Luftwiderstand und somit der Energieverbrauch ist bei tiefen Geschwindigkeiten viel kleiner als bei bestehenden Güterzügen, weil der Abstand von einem Container zum nächsten kleiner wird.

VORTEIL 3: Bremsen kann man mit allen acht Rädern, die einen Container bewegen, gleichzeitig – und so Energie zurückgewinnen. Der Bremsweg ist zehn Mal kürzer als bei einem Zug. In den USA jedenfalls senkt dies die Zahl der Unfälle.

VORTEIL 4: Alles soll viel billiger werden. Und die Schiene soll die Lastwagen von der Strasse jagen, auch auf relativ kurzen Distanzen.

Das ganze System kann nur funktionieren, wenn sich neue Zugleitsysteme durchsetzen. Hier ist China inzwischen am weitesten.

Einige Fragen haben die US-Ingenieure trotz schriftlicher Nachfrage nicht beantwortet: Wie schnell können Container bewegt werden? Wie laut sind die fahrbaren Untersätze?

Die Gründer des Start-ups Parallel Systems konnten immerhin 50 Millionen Dollar Wagniskapital einsammeln. Die Erfahrung lehrt: Von zehn Start-ups wird bestenfalls

eines wirklich erfolgreich. Dieses mutiert zum Einhorn, einem Unternehmen, das mehr als eine Milliarde Umsatz macht. Zwei der Start-ups vegetieren in Nischen vor sich hin. Und die restlichen sieben gibt es bald einmal nicht mehr.

Lange Zeit verbreiteten nicht nur Journalisten folgenden Chablis: In der Schweiz könne man trotz bester Technik gar keine Züge mehr bauen. Wegen der hohen Lohnkosten! Zugbauer Peter Spuhler kaufte das in der Schweiz vorhandene Know-how zusammen und bewies mit seiner Stadler Rail das Gegenteil.

Vielleicht wird sich Spuhler auch Parallel Systems krallen. Könnte nicht schaden.

LINKS ZUM THEMA:

- benediktweibel.ch
Das ist die Homepage des Mobilitätsmenschen Benedikt Weibel.
- rebrand.ly/stadler-flirt
Das Unternehmen Stadler Rail ist stolz, dass es 55 batteriebetriebene Züge ins deutsche Schleswig-Holstein liefern kann.
- rebrand.ly/parallel-system
Die Homepage von Parallel Systems, die das Produkt erklärt.

Sie finden alle Links direkt zum Anklicken auf der [work](http://workzeitung.ch)-Website unter der Rubrik «rosazukunft»: www.workzeitung.ch

ALLES RICHTIG GEMACHT: Gewerkschafter Blaise Carron durfte die Kunden der Firma Adatis über Dumpinglöhne informieren. Das Gericht bestätigt das. FOTO: UNIA



Wegweisendes Urteil: Gewerkschaften dürfen öffentlich Druck machen

Freispruch für Unia-Mann Blaise Carron

Eine Gewerkschaft darf Druck machen, wenn sich eine Firma nicht bewegt: Ein neues Urteil aus dem Wallis stärkt der Unia den Rücken im Kampf gegen Tiefstlöhne.

CHRISTIAN EGG

Nur gerade 3000 Franken brutto für eine Vollzeitstelle: Diese Dumpinglöhne bei der Autozulieferfirma Adatis in Martigny VS machte Blaise Carron, Leiter der Unia Wallis, vor drei Jahren publik. Doch statt über höhere Löhne zu verhandeln, reichte die Firma Strafklage gegen Carron ein.

«Das ist die normale Arbeit eines Gewerkschafters.»

BLAISE CARRON, UNIA WALLIS

Und zwar wegen einer Medienmitteilung und eines Briefes, der einen Kunden von Adatis, den deutschen Industriekonzern Bosch, über die lausigen Löhne beim Zulieferer informierte. Beide Dokumente hatte Gewerkschafter Carron verschickt, nachdem ein Treffen mit dem Adatis-Chef ohne Ergebnis geblieben war.

In der Anzeige fuhren die Firmenjuristen schweres Geschütz auf: Ehrverletzung sei das.

Und Verleumdung und unlauterer Wettbewerb und versuchte Nötigung (work berichtete). Für Carron kam das völlig überraschend, wie er gegenüber work sagt: «Solche Mitteilungen machen wir ständig. Das ist die normale Arbeit eines Gewerkschafters.»

Jetzt steht fest: Unia-Mann Carron hat völlig legal gehandelt. Die Staatsanwaltschaft ging auf drei der vier Klagepunkte gar nicht ein. Und Ende März sprach ihn das Bezirksgericht Martigny dann auch vom Vorwurf der versuchten Nötigung frei.

EIN LEGALES DRUCKMITTEL

Das Urteil hält fest: Zwar sei das Informieren von Öffentlichkeit und Geschäftspartnern ein Druckmittel – aber das sei durchaus «akzeptabel im Rahmen der Koalitionsfreiheit in einem demokratischen Rechtsstaat». Diese Freiheit von Mitarbeitenden, sich zum Schutz ihrer Interessen zusammenschliessen, ist in der Bundesverfassung garantiert. Und sie sei, so das Urteil, «essentiell in einer Marktwirtschaft, wo aufgrund des Ungleichgewichts der Kräfte ein individuelles Verteidigen der Rechte nicht ausreicht.»

Carron habe zudem nicht etwa der Firma schaden, sondern die Löhne der Mitarbeitenden verbessern wollen. Und das sei legitim, so die Richterinnen. Ja, nach dem Scheitern der Verhandlungen «hatte Blaise Carron gar keine andere Wahl, als zu einem Mittel des Kampfes zu grei-

fen.» Deshalb: Freispruch und Entschädigung der Anwaltskosten.

EIN MAURER OHNE KELLE? GEHT NICHT

Laut Regula Dick, Leiterin des Unia-Rechtsdienstes, stärkt das Urteil allen Gewerkschaften den Rücken: «Es stellt fest, dass sie auch starke Mittel anwenden dürfen, um eine Firma zum Handeln zu bewegen.» Zumal Carron gegenüber der Kundin Bosch keinen übermässigen Druck aufgesetzt, sondern sie nur auf die Adatis-Löhne aufmerksam gemacht habe. Der Unia-Mann sagt dazu: «Uns diese Werkzeuge zu verbieten wäre etwa das gleiche wie einem Maurer die Kelle wegzunehmen.»

Bei Redaktionsschluss war offen, ob Adatis das Urteil weiterzieht. Allerdings existiert die Firma heute nur noch auf dem Papier (siehe Box).

Weggezogen: Adatis, Ade!

2020 schloss Adduxi, der französische Mutterkonzern von Adatis, den Schweizer Standort und verlagerte die Produktion der Plastic- und Elektronikteile nach Frankreich. Begründet wurde dies durch zu wenig Aufträge sowie die generell schwierige Lage der Automobilindustrie. Allerdings hatte es die Firma nicht einmal für nötig befunden, Kurzarbeit zu beantragen, um die Krise zu meistern (work berichtete).



SCHLOSSHERR BAHÄ: Die Unia deckte auf, wie der Multimillionär Dumpinglöhne zahlte. MONTAGE: WORK

18 Franken 50 pro Stunde. Nach der Preisverleihung hagelte es Strafanzeigen: Wegen Verleumdung zerrten die Stehlins gleich sechs Unia-Leute vor den Kadi. 2018 stellte die Staatsanwaltschaft alle Verfahren ein.

DAS BÄCKEREI-PAAR:

2014 überreichte die Unia der Bäckerei Stehlin in Neuenburg die «goldene Palme für den schlechtesten Arbeitgeber im Kanton». Denn das Patrons-Ehepaar zahlte den Verkäuferinnen gerade mal

GIPSERMEISTER GOGER:

Es ist der grösste Lohndumping-Fall, den die Schweiz je gesehen hat: Die Firma des Österreichers Kurt Goger hatte mindestens 261 Arbeiterinnen und Arbeiter geprellt, um insgesamt mindestens 6 Millionen Franken. Unia-Frau Christa Suter brachte den Skandal ab 2013 ans Licht. Doch statt faire Löhne zahlte Goger lieber teure Anwälte: In mehr als dreissig Verfahren versuchte Gipsermeister Goger die Gerichte zu überlasten. Darunter eine Strafanzeige gegen Unia-Gewerkschafterin Suter. Sie wurde 2018 freigesprochen. Goger dagegen wird heute per internationalen Haftbefehl gesucht. CHRISTIAN EGG

Gastgewerbe: Manifest und Aktionstag

Die Beschäftigten in der Gastrobranche wollen bessere Arbeitsbedingungen. Deshalb gingen sie gemeinsam mit der Unia in rund zehn Städten auf die Strasse.

CLEMENS STUDER

Tiefe Löhne, mangelhafte Arbeitsplanung, immer mehr Arbeit auf Abruf, zunehmender Zeitdruck, fehlende Anerkennung der Berufserfahrung, sexuelle Belästigung und die Folgen der Coronapandemie: Das sind nur einige der Probleme, unter denen die Beschäftigten im Gastgewerbe täglich zu leiden haben. Doch die Arbeitgeberverbände bewegen sich nicht. Schon länger stehen Verhandlungen über die Erneuerung des



Mein Diplom kennt keine Grenzen. Deshalb verlange ich, dass meine Qualifikation in der Schweiz anerkannt wird.

FERTIG PREKÄR: Mitarbeitende im Gastgewerbe, egal woher sie kommen, müssen endlich bessere Arbeitsbedingungen erhalten. FOTO: UNIA

Gesamtarbeitsvertrages des Gastgewerbes (L-GAV) an. Mit einem Aktionstag am 6. April haben die Beschäftigten nun an die Arbeitgeberverbände der Branche appelliert.

FORDERUNGEN. Um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen, lancierten sie auch ein Manifest. Dieses wurde von über 80 Gastro-Beschäftigten erstuntzeichnet. Das Manifest trägt den Titel «Wir wollen in Würde leben!». Darin schildern die Gastro-Mitarbeitenden die prekären Arbeitsverhältnisse und richten 11 konkrete Forderungen an die Arbeitgeberverbände.

Es sind dies:

1. Verbesserung der Löhne und Erhöhung der Mindestlöhne.
2. Berücksichtigung der Berufserfahrung.
3. Ein Ende der Arbeit auf Abruf.
4. Arbeitsplanung 3 Wochen im voraus und schriftliche Konsultation bei Änderungen.
5. Bezahlung aller geplanten Stunden.
6. Recht auf Nichterreichbarkeit.
7. Bezahlung der Umkleezeit.
8. Bereitstellung der Arbeitsgeräte, einschliesslich Schutzmaterials.
9. Transparente und gerechte Verteilung der Trinkgelder.
10. Ausbildung der Personalverantwortlichen und Massnahmen gegen alle Formen der Belästigung.
11. Mehr Kontrollen, um die Einhaltung der Arbeitsbedingungen zu gewährleisten.

Mit dem Manifest (rebrand.ly/gastro-manifest) und mit zahlreichen Videos (rebrand.ly/gastrovideos) schalten sich die Gastro-Mitarbeitenden selber in die Debatte ein. Nach zwei Jahren Pandemie, die ihnen grosse Opfer abverlangten, fordern sie den Respekt ein, der ihnen zusteht.

Sie bitten dafür die breite Öffentlichkeit um Mithilfe: Hier können alle eine Petition zur Unterstützung des Manifests unterschreiben: rebrand.ly/gastropetition.

Klagen: Firmen probieren es immer wieder

Ihr Ziel ist klar: Sie wollen die Gewerkschaft mundtot machen. Deshalb reichen Firmen gerne mal Strafanzeigen ein. Laut Unia-Chefjuristin Regula Dick sind es bei der grössten Schweizer Gewerkschaft im Schnitt ein bis zwei Anzeigen pro Jahr: «Die grosse Mehrheit der Verfahren endet in einem Freispruch oder wird eingestellt.» Auffällig oft kommen die Anzeigen von Lohndumping-Firmen wie Adatis (siehe Text oben). Drei Beispiele:

DER DUMPING-SCHLOSSHERR:

Illegale Dumpinglöhne von netto 2495 Franken zahlte der österreichische Multimillionär Christian

Baha polnischen Baubüezern für die Renovation seines Schlosses Sonnenberg in Stettfurt TG. Das machte die Unia 2016 publik. Darauf verklagte Baha den damaligen Unia-Sekretär Harry Huskic, weil dieser auf der Baustelle mit den geprellten Arbeitern gesprochen hatte. 2020 sprach das Bezirksgericht Frauenfeld den Unia-Mann frei.

DAS BÄCKEREI-PAAR:

2014 überreichte die Unia der Bäckerei Stehlin in Neuenburg die «goldene Palme für den schlechtesten Arbeitgeber im Kanton». Denn das Patrons-Ehepaar zahlte den Verkäuferinnen gerade mal



work
Kommentar
Clemens Studer

BLOCHER LÄSST FUSIONIEREN

«Der Herr hat's gegeben, der Herr hat's genommen; gelobt sei der Name des Herrn!» So duld- und folgsam redet Hiob in der Bibel. Er wird vom alttestamentlichen Gott als Wetteinsatz mit dem Teufel gesetzt – und in der Folge von Schicksalsschlag um Schicksalsschlag getroffen. Nur weil Gott seine Loyalität prüfen will. So wurde es vor über 2000 Jahren aufgeschrieben.

Unlängst, an der Generalversammlung der «Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz» (Auns), sagte ihr von

Blocher hat's genommen, Blocher gibt's wieder.

Blocher eingesetzt. Präsident und SVP-Nationalrat Lukas Reimann: «Aber ich bin

sicher, dass Christoph Blocher das Richtige tut.» Obwohl Reimann ein paar Wochen davor noch entschieden gegen die «Aufgabe der Marke Auns» gewesen war. Doch genau das will Blocher. Zwar ist er immer noch nicht Gott, aber immerhin der Godfather der rechten Schweizer Isolationisten-Szene. Und er hat wieder einmal ein Machtwort gesprochen.

AUS DREI MACH EINS. Er will die Auns mit dem Verein «Unternehmervereinigung gegen den EU-Beitritt» zusammenlegen. Diese Truppe wurde wenige Monate vor der ERW-Abstimmung 1992 gegründet und hat seither stets mehr vom Einfluss verloren, den sie nie hatte. Und auch «EU No» – die jüngste SVP-Vorfeldorganisation – will der SVP-Patriarch in seinem späten Spätherbst in das Fusionsprodukt einbringen. Sie wird von seinem Ziehsohn, «Weltwoche»-Chef Roger Köppel, angeführt. Und richtet sich gegen das Rahmenabkommen mit der EU. Das ist mittlerweile toter als tot, weil Ignazio Cassis – FDP-Bundesrat von Blochers Gnaden – das Rahmenabkommen nutzen wollte, um den Schweizer Lohnschutz zu schleifen. Ganz im Sinne der SVP übrigens, die an der Personenfreizügigkeit nichts so sehr stört, wie die flankierenden Massnahmen dazu. Deshalb leisteten die Gewerkschaften auch Widerstand gegen das Rahmenabkommen in der damals vorliegenden Form. Erfolgreich!

Blochers Analyse ist richtig:

- Die Auns hat ihre Referendumsfähigkeit verloren und zeigt «Stillstandsschäden» (Zitat Blocher). Ihre Basis ist überaltert – aber sie überweist pro Jahr brav rund eine Million Franken Mitgliederbeiträge und Spenden.
- Die «Unternehmervereinigung» ist für die Meinungsbildung trotz aller Rührigkeit der Handvoll aktiver Mitglieder irrelevant.
- «EU No» hat Blocher 2013 gegründet, weil die Auns in seinen Augen den Kampf gegen ein EU-Rahmenabkommen zu wenig ernst genommen hatte. Sie hat zwar einen relativ modernen Auftritt, 130 angeschlossene Organisationen, doch kaum eigene Mitglieder.

ERBARMEN. Blochers Lösung: Er fusioniert seine drei bisherigen aussenpolitischen Vereine unter dem Arbeitstitel «Pro souveräne Schweiz PSS» zu einem neuen. Blocher hat's gegeben, Blocher hat's genommen und gibt es jetzt wieder. Warum? Blocher sagt: «Sie sollen wieder Angst haben im Bundeshaus.» Vor seinem neuen Verein – wohl weil seine drei alten Vereine in den letzten Jahren eher Erbarmen weckten.

Weil die Belegschaft Druck machte: 30 Jobs bei Alstom gerettet!

Kein Kahlschlag am Genfersee

Dank dem Widerstand der Arbeitenden muss die Zugerherstellerin Alstom in Villeneuve VD beim geplanten Abbau zurückrudern.

RALPH HUG

Die Verhandlungen für den Sozialplan waren bei Redaktionsschluss dieser work-Ausgabe (12. April) zwar noch im Gange. Aber schon jetzt können die Unia und die Belegschaft des Alstom-Werks in Villeneuve VD nahe Montreux einen Erfolg verbuchen: Alstom hat zugesichert, 30 Arbeitsplätze weniger als ursprünglich angekündigt abzubauen. Das sagt Unia-Industriechef Yves Defferrard. Der befürchtete Kahlschlag findet somit nicht statt.

VORGABEN MISSACHTET

Zur Erinnerung: Anfang Dezember 2021 schockierte die französische Zugerherstellerin Alstom die Schweizer Öffentlichkeit mit der Ankündigung, in Villeneuve rund 150 Stellen abzubauen. Und dies kurz vor Weihnachten! In diesem Werk arbeiten derzeit rund 400 Beschäftigte. Und aus diesen Hallen kommen die zweistöckigen FV-Dosto-Züge der SBB, die wegen Lieferschwierigkeiten lange in den Schlagzeilen waren. Alstom

Als europäischer Konzern muss Alstom auch hier die schärferen EU-Regeln einhalten.

begründete den Abbau von fast einem Drittel der Stellen damit, dass es zu wenig neue Aufträge gebe.

Die Hiobsbotschaft kam, wenige Wochen nachdem Alstom einen wichtigen Wettbewerb an den Schweizer Konkurrenten Stadler Rail verloren hatte. Die SBB vergaben den Bau von 286 neuen Zugarnituren für den Regionalverkehr ins thurgauische Busznang statt an den Genfersee. Mit einem Volumen von zwei Milliarden Franken war das der grösste Auftrag in der Schweizer Bahngeschichte. Zwar



GUTE AUFTRAGSLAGE: Im Alstom-Werk in Villeneuve VD arbeiten 400 Beschäftigte. Einen Drittel davon wollte der Konzern entlassen, obwohl erst gerade grosse Zugbestellungen aus Norwegen, Schweden und Deutschland eingingen. FOTO: ALSTOM

focht Alstom den Entscheid an, doch das nützte dem Konzern bis jetzt wenig.

Angesichts der drohenden Entlassungen organisierten sich die betroffenen Alstom-Leute an Betriebsversammlungen. Keine leichte Sache für die Unia. Laut Unia-Industriechef Yves Defferrard hatte sich die Zusammenarbeit zwischen Belegschaft, Personalkommission und Gewerkschaft noch nicht optimal eingespielt. Es gab sogar Widerstände, der Unia ein Verhandlungsmandat zu erteilen. Doch bald stellte sich der erste Punktsieg ein. Denn das Management hatte klar die Vorgaben bei Massentlassungen missachtet. Da Alstom ein europäischer Konzern ist, muss er auch in der Schweiz die geltenden Regeln der EU einhalten. Diese sind schärfer und somit arbeitnehmerfreundlicher als unsere. So muss ein Konzern bei Massentlassungen

eine Konsultationsfrist von mindestens 8 bis 12 Wochen einhalten. Und während dieser Zeit können die Arbeitnehmenden Vorschläge für die Rettung von Arbeitsplätzen einreichen.

ZURÜCK AUF FELD EINS!

Nach einem Treffen musste die Direktion ihre voreilige Ankündigung deshalb wieder zurücknehmen: die Massentlassung bei der Belegschaft, den Gewerkschaften und dem Wirtschaftsdepartement des Kantons Waadt neu ankündigen, genauere Angaben über den Umfang des Abbaus machen, die Konsultationsfrist beachten und einen Sozialplan ausarbeiten. Alstom gab an, Villeneuve neu in einen reinen Service-Hub umwandeln zu wollen. Wie sich bald herausstellte, war dieser Plan wenig durchdacht. Weder konnte Alstom klare Zahlen zu dieser Umwand-

lung auf den Tisch legen, noch erscheint eine solche überhaupt realistisch. Denn wo keine Produktion mehr ist, ergibt auch ein Service wenig Sinn.

Zudem zeigt ein Blick auf den Milliardenkonzern, dass es ihm keineswegs an Aufträgen mangelt. Erst kürzlich vermeldete er grosse Zugbestellungen aus Norwegen, Schweden und Deutschland. Nach der Übernahme der kanadischen Bombardier vor einem Jahr ist Alstom heute Europas grösste Zugerherstellerin und nach der chinesischen CRRC die zweitgrösste weltweit. Es scheint aber, dass sich Alstom bei der Bombardier-Übernahme verkalculiert hat. Der französische Konzern steht jetzt vermehrt unter dem Druck von Investoren, die kontinuierlich Rendite sehen wollen. Was aber im schwankenden Zuggeschäft schwieriger als anderswo zu machen ist.

worklxl der wirtschaft

David Gallusser



DETAILHANDEL: VOR ALLEM DAS KADER VERDIENT IM ALTER MEHR

Für viele Arbeitnehmende ist es eine Selbstverständlichkeit: Der Lohn steigt mit dem Alter. Leider ist es aber nicht für alle so. Gerade für Mitarbeitende im Dienstleistungssektor, wo die Löhne ohnehin schon tief sind, geht es kaum aufwärts. Bestes Beispiel ist der Detailhandel. Ältere Verkäuferinnen erhalten dort nur wenig bessere Löhne als ihre Kolleginnen nach dem Berufseinstieg. So lag 2018 der mittlere Lohn für eine 20-jährige Verkäuferin mit Vollzeitpensum bei 4319 Franken (siehe Grafik). Der mittlere Lohn von 60-jährigen Verkäuferinnen belief sich auf 4666 Franken. Das sind für jedes Lebensjahr bloss 9 Franken mehr.

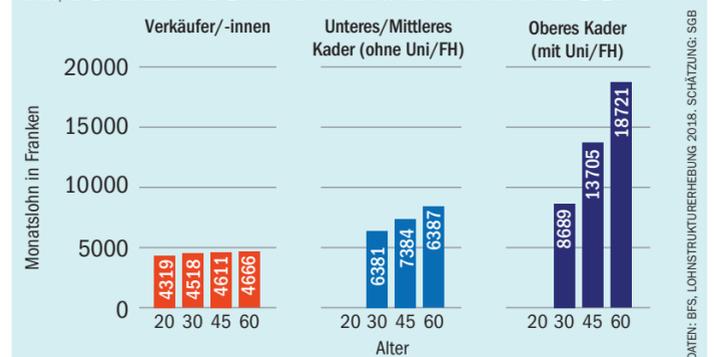
LOHNNANSTIEG FÜR KADER. Eine substantielle Entschädigung für Erfahrung und Treue wird aber nur den Normalverdienenden verwehrt. Wer im Detailhandel im Kader arbeitet, darf sich über Gehälter freuen, die mit der Zeit zulegen. Das gilt zunächst für die unteren und mittle-

ren Kader. Im Detailhandel sind das oftmals Berufsleute mit Lehre, die innerhalb der Unternehmen aufsteigen. Aber auch sie erreichen nicht die gleich hohen Saläre wie die oberen Kader oder die Beschäftigten mit Uni- und Fachhochschulabschluss. Kaderleute mit Studium haben nicht nur deutlich höhere Verdienste. Ihre Monatslöhne wachsen im Mittel mit jedem Jahr um rund 330 Franken!

MACHT STATT LEISTUNG. Die Manager rechtfertigen die Unterschiede mit Leistung: Sie selbst würden immer besser, je älter sie würden. Den älteren Verkäuferinnen werfen sie umgekehrt vor, nicht mehr zu leisten als die jüngeren. Beides ist mehr als fraglich. Einerseits kann auch älteres Verkaufspersonal von seinen Erfahrungen zehren, wenn es zum Beispiel um Beratung oder Teamfähigkeit geht. Andererseits ist es fraglich, ob die Erfahrung eines älteren Managers wirklich die grossen Lohnunterschiede gegen-

Löhne im Detailhandel nach Alter und Position

Mittlere Bruttolöhne nach Alter, Beruf und Bildung (die eine Hälfte verdient weniger, die andere mehr) pro Monat bei einer 40-Stunden-Woche, inkl. Boni/13. Monatslohn, im Detailhandel mit Lebensmitteln und in Warenhäusern im Jahr 2018



über den geistig frischeren jüngeren Kolleginnen rechtfertigt. Nahegelegener sind Machtunterschiede: Ältere Manager haben in den Unternehmen das Sagen. Sie können ihre Löhne massgeblich beeinflussen. Uni-Abgängerinnen wiederum können oft mit dem Wechsel zu

einem anderen Unternehmen drohen, falls der Lohn nicht stimmt. Das sind beides Optionen, die Lehr-Abgänger und vor allem Verkäuferinnen oft nicht haben.

David Gallusser ist Ökonom beim Schweizerischen Gewerkschaftsbund (SGB).

DATEN: BFS, LOHNSTRUKTUREHEBUNG 2018, SCHÄTZUNG: SGB

Diese Frauen bringen frischen Wind in die Zürcher Reinigungsbranche

Wenn die Chefinnen selber putzen



UND WIE SIE STRAHLEN! Seit sie mit ihrem Putzangebot online gingen, werden die Frauen der Autonomía-Kooperative mit Aufträgen überschwemmt. FOTO: ZVG

Bei der Reinigungs-Plattform Autonomía nehmen die Chefinnen höchstpersönlich den Putzlumpen in die Hand. Denn bei dieser neuen Kooperative aus Zürich organisieren sich die Arbeiterinnen selbst – mit glänzenden Aussichten!

SARAH FORRER

Es war der berühmte Sprung ins kalte Wasser. Und was für einer: Als die Reinigerinnen-Plattform Autonomía Anfang Jahr loslegte, wurde sie regelrecht überschwemmt. Mit Mails. Mit Telefonanrufen. Mit Anfragen. Über 600 Kundinnen und Kunden hatten sich innert kürzester Zeit registriert. Saubere Wohnungen zu sauberen Bedingungen. Und ohne dass ein Ver-

Die Frauen bestimmen ihren Lohn und ihren Arbeitsalltag selbst.

mittler abkassiert. Das wollte Zürich. Die Warteliste wuchs und wuchs. Bis zum Buchungsstop Mitte Februar. Initiantin Sabri Schumacher sagt lachend: «Wir haben uns auf ein langsames Wachstum eingestellt. Der Erfolg überrumpelte uns total. Doch das Schöne daran ist: Die Nachfrage ist da!».

Zusammen mit Reinigerin Rebeca Fueyo sitzt sie in einem kahlen

Raum an der Albulastrasse in Zürich. Hier zwischen Altstetten und Letzipark, in einem rostroten Bürokomplex, wuchs die Idee der Reinigungs-Kooperative vor gut einem Jahr. Und zwar in den Köpfen von Sabri Schumacher und Jael Bueno. Beide sind für den Verein Frauen 50 plus aktiv; eine gemeinnützige Organisation, die ältere Frauen bei der Arbeitssuche unterstützt. Dabei hörten sie immer wieder die dreckigsten Geschichten aus der Reinigungsbranche: Frauen, allermeist Migrantinnen, die für 17 Franken in der Stunde putzen müssen. Frauen, die während der Pandemie von einem Tag auf den anderen ohne Arbeit dastanden. Schumacher: «In der Reinigung werden die bereits am stärksten Diskriminierten – Frauen und Migrantinnen – ausgenutzt und kleingehalten. Dem wollten wir Gegensteuer geben.»

EIGENE REGELN

Mitgründerin Rebeca Fueyo erinnert sich an die ersten Treffen, bei denen über die Kooperative diskutiert wurde: «Da gab es sehr angeregte Diskussionen.» Kein Sexismus, das war klar. Auch das Lernen der deutschen Sprache stand hoch oben auf der Prioritätenliste. «Das vereinfacht den direkten Kontakt mit den Kundinnen», so die gebürtige Portugiesin. Beim Preis einigten sie sich auf 40 Franken pro Stunde. Davon gehen 30 Franken brutto an die Arbeiterin. Die restlichen 10 Franken werden für einen Beitrag in die Genossenschaft abgezogen sowie für die Sozialleistungen wie fünf Wochen bezahlte Ferien, AHV, Unfallversicherung sowie Krankentaggeld. Auch minimale Arbeitspensen wollen sie sich ge-

währleisten – und vor allem den neuen Genossenschafterinnen.

HILFE ZUR SELBSTHILFE

Diese stehen schon an der Startlinie: Um die vielen Anfragen zu bewältigen, wurden 20 weitere Frauen mit ins Boot geholt. Nach Ablauf der dreimonatigen Probezeit werden sie automatisch Genossenschafterinnen.

Bei neuen Mitstreiterinnen ist den Frauen vor allem eines wichtig: die Motivation. Und ein offener Geist. Rebeca Fueyo betont: «Wir ticken an-

«Es wäre toll, wenn dieses Arbeitsmodell Schule machen würde!»

GRÜNDERIN SABRI SCHUMACHER

ders. Die Frauen haben bei Autonomía viel mehr Rechte. Doch es erfordert auch Selbstverantwortung und Eigeninitiative.»

Für Schumacher ist klar: Dienste wie Uber, Helpling & Co. bringen die Gesellschaft nicht voran, sondern nutzen die «freien» Mitarbeitenden einfach nur aus. Mit schlechten Löhnen. Ohne Verhandlungsmacht. Ohne Chance auf Aufstieg. Ihr Gegenmodell zu dieser Gig-Economy: Plattformkooperativen.

Die Strukturen in Kooperativen oder Genossenschaften sind flach und sozial. Keine Chefetage verdient an der harten Arbeit mit – weil es gar keine Chefetage gibt. Zeitgleich nutzt das Modell die digitalen Vorteile. Die Buchungen funktionieren per Mausclick. Per App. Papierkram fällt weg. Die Bedienung für die Kundinnen ist einfach.

In der Schweiz ist in Basel mit Flexifeen im Sommer 2020 die erste

Plattformkooperative gestartet. Dieser Ansatz überzeugte Sabri Schumacher: «Das ist es!» wusste die ehemalige Syna-Gewerkschafterin sofort. In Deutschkursen, die der Verein 50 plus anbietet, weibelte Jael Bueno für die Idee. Nach anfänglicher Skepsis meldeten sich Migrantinnen aus allen Branchen: Einige reinigten, andere führten einen Lebensmittelladen, arbeiteten in Showrooms oder im Haushalt.

Doch wie führt man eine eigene Firma? Eine eigene Genossenschaft? Die Grundlagen gaben Sabri Schumacher und Jael Bueno den sieben Frauen in einem halbjährigen Kurs auf den Weg. Dazu gehörten Buchhaltung, Marketing, Versicherungsfragen, aber auch Personalführung oder Qualitätskontrolle – und die eigenen Arbeitsbedingungen.

In der ersten Phase können die sieben Migrantinnen auf die Hilfe des Vereines 50 plus zählen. Dieser übernimmt den Kontakt mit den Kundinnen, übersetzt bei Sprachproblemen, macht die Buchhaltung und treibt die Entwicklung der App voran.

VISION VON NACHAHMERINNEN

Dass die Mission auf gutem Wege ist, bemerkt Initiantin Sabri Schumacher jedesmal, wenn sie die Lohnabrechnungen der Reinigerinnen erstellt. «Da stehen bei den Reinigerinnen schöne Beträge drauf – mehr, als ich verdiene», sagt sie lachend. Schumacher wünscht sich viel mehr solche Kooperativen in der Schweiz. Arbeiterinnen, die ihren Alltag und ihren Lohn selbst bestimmen können. Sabri Schumacher: «Kopieren ist erlaubt! Es wäre toll, wenn dieses sozialverträgliche Arbeitsmodell Schule machen würde!»



Die Briefträgerin & das Post-Buch

Kürzlich lernte die Briefträgerin einen kennen, der ein Buch geschrieben hat. Genauer: einen Heavy-Metal-Schlagzeuger, der ein sehr feines Buch geschrieben hat. Über einen Briefträger.



Bärtschi-Post

Katrin Bärtschi ist Briefträgerin in Bern und Gewerkschafterin.

Ohne selber einer zu sein, beschreibt er einfühlsam dessen Persönlichkeit, dessen Universum und dessen Arbeitswelt.

Das schöne, gelbe (nicht postgelbe, die Farbe sei geschützt) Büchlein in der Hand, taucht die Briefträgerin ab und weg. Ort der Handlung ist ein Quartier in Zürich Anfang der 1990er Jahre. Hauptfigur ist eben

Es ist erstaunlich, wie gut sich der Autor in die Arbeit der Brief-austragenden einfühlt.

der Briefträger, ein schüchterner Mann mit einem grossen Herzen, der es auf seiner Tour möglichst allen recht machen will. Der das Beste wünscht für die Leute, jedenfalls für die sympathischen, denen er die Post bringt. Und sich so nach und nach verstrickt in immer kompliziertere Situationen.

Die Briefträgerin staunt beim Lesen, wie gut der Autor Thomas Pfenninger sich in die Arbeit der Briefaustragenden hineinfindet, wie detailgenau er sie beschreibt. Die Post soll sich dem Vernehmen nach das Buch besorgt haben. Zwecks Faktenchecks. Wer da wohl die Fakten checken wird?

LEICHTER TON. Die Briefträgerin vergisst beim Lesen alles andere und findet sich wieder in einer Welt, die nicht heil ist. Aber erträglich. In leichtem Ton und mit vielen stimmigen Bildern und Assoziationen wird ein Quartierleben eingefangen, das – wie ganz Zürich damals – vom Platzspitz und seinen Auswirkungen beeinflusst wird. Die Briefträgerin begleitet den fiktiven Kollegen, der ihr längst ans Herz gewachsen ist, auf den Wegen durch sein Revier.

«Gleich, später, morgen» ist ein Buch fürs Gemüt. Fürs eigene und für das von Besenknuten. Ist ein Kontrapunkt zum Schrecken dieser Tage und eine kleine Quelle der Unbeschwertheit und Kraft. Und damit eine Art Medizin.

Deshalb verabschiedet sich die Briefträgerin nun für heute. Sie will weiterlesen.

Thomas Pfenninger: **Gleich, später, morgen.** Kommo-Verlag, ISBN 978-3-905574-00-5, 279 Seiten, ca. CHF 33.–.

Arbeitsschutz in der EU Immer weniger Kontrollen

Der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) ist alarmiert: In Europa schwindet der Arbeitsschutz. Mehrere Regierungen haben ihn in den letzten Jahren heruntergefahren. Die Anzahl der Kontrollen an den Arbeitsplätzen sank zwischen 2010 und 2019 um ein Fünftel. Sogar um ein Viertel ging er etwa in Deutschland, Frankreich, Grossbritannien und Portu-



Andreas Rieger war Co-Präsident der Unia. Er ist in der europäischen Gewerkschaftsbewegung aktiv.

gal zurück. Grund dafür: die Sparwut, die nach der Krise der Finanzwirtschaft überall tobte. Der EGB ist empört und nennt es skandalös: «Die Arbeitskontrollen sind auf einen Tiefpunkt gesunken. Und dies just zum Ausbruch der Corona-Pandemie, als Gesundheitsschutz noch lebenswichtiger wurde.» Das gilt auch für die Schweiz: Die

In Spanien und Italien schlugen die Arbeitsinspektorate Alarm.

Zahl der Inspektionen zu Gesundheitsschutz und Arbeitssicherheit sank hier zwischen 2014 und 2019 um zehn Prozent.

VOLLZUGS-NOTSTAND. Zwar sind die Rechte der Arbeitnehmenden in vielen Ländern Europas in den letzten Jahrzehnten flexibilisiert worden. Das Niveau des Schutzes ist aber immer noch höher als im Rest der Welt. Das grosse Problem ist jedoch, dass der Schutz von Arbeitnehmenden oft nur auf dem Papier steht, gerade bei den prekär Beschäftigten. Es genügt nicht, recht zu haben, man muss auch recht bekommen. Deshalb gibt es neben den Gewerkschaften auch die Arbeitsinspektorate. Beim Skandal in der deutschen Fleischwirtschaft wurde der Öffentlichkeit plötzlich bewusst, dass die grausliche Realität mit den schönen Gesetzen nichts zu tun hatte. Umso absurder ist es, wenn die EU-Kommission der Schweiz vorwirft, sie würde zwecks Lohnschutz unverhältnismässig viel kontrollieren und Verstösse zu stark sanktionieren.

ALARM. Neuerdings schlagen die Arbeitsinspektorate, also die Profis von der Front, selbst Alarm. In Spanien sind sie im März sogar in einen Streik getreten, um gegen fehlende Stellen zu protestieren. Das neue Arbeitsgesetz, das jetzt in Spanien in Kraft tritt, bleibe ein Papiertiger, wenn die verstärkten Schutzmassnahmen der Arbeitenden nicht auch kontrolliert würden. Alarmstimmung auch in Italien: 2021 gab es dort über tausend Todesfälle auf der Arbeit. So viele wie seit Jahrzehnten nicht mehr. Die Gewerkschaften rütteln nun Öffentlichkeit und Politik auf. Sie verlangen weniger Arbeitsdruck und mehr Inspektionen.

UNIA online



GAV Uhren- und Mikro- technikindustrie

Demnächst verhandelt die Unia mit den Arbeitgebern den Gesamtarbeitsvertrag (GAV) der Uhren- und Mikrotechnikindustrie neu. Was sind Ihre wichtigsten Themen? Sagen Sie es uns an der Umfrage:

www.unia.ch/uhrenindustrie-umfrage

Asbest: Eternit-Milliardär Stephan Schmidheiny wieder verurteilt 3 Jahre Gefängnis (auf dem Papier)

Erneut hat ein Gericht in Italien Milliarden-Milliardär Stephan Schmidheiny (74) zu einer Gefängnisstrafe verurteilt. Ob der ehemalige Eternit-Besitzer aber je eine Zelle von innen sehen wird, ist mehr als fraglich.

RALPH HUG

Ein Geschworenengericht in Neapel hat den ehemaligen Eternit-Besitzer Stephan Schmidheiny am 6. April wegen Totschlags zu drei Jahren und sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Dies wegen eines Eternit-Arbeiters aus dem Stadtteil Bagnoli, der an den Spätfolgen von Asbest gestorben ist. Die einstige Wunderfaser mit den tödlichen Folgen wurde nicht nur in den Eternit-Werken in Niederurnen GL hergestellt, sondern auch in verschiedenen Fabriken in Italien. Darunter eben in jener von Bagnoli.

Seit bald fünfzehn Jahren schon muss sich der Ex-Industrielle Stephan Schmidheiny in Italien für seine Eternit-Vergangenheit verant-

Die Hinterbliebenen von Asbestopfern in Italien wollen...

worten. Er stieg 1978 zwar aus der Asbestproduktion aus. Doch das sei viel zu spät gewesen, so der Vorwurf der italienischen Ankläger.

2014 hatte der Römer Kassationshof eine erste Verurteilung von Schmidheiny wegen Verjährung aufgehoben. Doch es laufen weitere Verfahren. 2019 fasste Schmidheiny von einem Turiner Gericht eine Strafe von vier Jahren Gefängnis wegen schweren Totschlags an einem Arbeiter im Eternit-Werk von Cavagnolo. Das Urteil ist nicht rechtskräftig, eine weitere Verhandlung vor der zweiten Instanz folgt.

DIE ASBEST-STADT CASALE

Im Falle von Bagnoli hatte die Staatsanwältin wegen vorsätzlicher Tötung von acht Personen sogar 23 Jahre und 11 Monate gefor-



STEPHAN SCHMIDHEINY: Noch bis 1978 hat der Eternit-Chef Arbeiter dem hochgiftigen Asbeststaub ausgesetzt (Aufnahme von 1996). FOTO: KEYSTONE

dert. Die Geschworenen gingen jedoch weniger weit. Ex-Unternehmer Stephan Schmidheiny hat jetzt Berufung angekündigt, wie immer bei seinen Prozessen in Italien. Er habe nicht die Absicht, je eine italienische Zelle von innen zu sehen, hatte er schon früher einmal verlauten lassen.

Genau dies wollen aber zahlreiche Hinterbliebene von Asbestopfern erreichen. Der Milliardär soll für den Tod von Arbeitern büssen, die dem Krebs durch Asbest zum Opfer fielen und noch immer fallen.

Als gravierendster Fall gilt jener von Casale Monferrato im Piemont, wo sich das grösste italienische Eternit-Werk befand. Es steht der Tod von 392 Personen zur Dis-

... dass Milliarden-Milliardär Stephan Schmidheiny für den Tod von Arbeitern büssen muss.

kussion. Die Stadt Casale war als Asbeststadt berüchtigt und vom Asbeststaub kontaminiert. Italienische Medien sprechen von einem «Massaker», das immer noch an-

daure. Denn immer noch erhalten jedes Jahr Menschen die typische Mesotheliom-Diagnose, eine Art Brustfellkrebs. Das Verfahren soll nächsten Herbst vor ein Schwurgericht in Novara kommen. Besonders darauf gespannt ist der frühere CGIL-Gewerkschafter Bruno Pesce. Er ist die treibende Kraft hinter Afeva, dem italienischen Verband der Asbestopfer. Dieser berät seit Jahrzehnten Betroffene und informiert über den Stand der Aufarbeitung (Infos zum Verband: afeva.it).

SCHWEIZ: 2000 ASBEST-TOTE

Nichts zu befürchten hat Stephan Schmidheiny dagegen in der Schweiz. Alle Versuche, ihn für den Tod von erkrankten oder verstorbenen Asbestarbeitern haftbar zu machen, scheiterten an der gesetzlichen Verjährungsfrist. Diese betrug in der Schweiz bis vor kurzem nur gerade zehn Jahre. Nicht zuletzt wegen des Eternit-Skandals setzte das Parlament die Frist auf zwanzig Jahre hinauf, die seit 2020 gilt. So kommt es, dass Stephan Schmidheiny nicht als Verursacher einer industriellen Katastrophe dasteht, sondern sich im Ruf eines Klimaretters sonnen darf. Seine Stiftung Avina fördert mit viel Geld Forschungsprojekte im Bereich nachhaltiger Ernährung.

Über Mangel an Geld muss dagegen die beim Gewerkschaftsbund domizilierte Stiftung EFA klagen. Sie betreibt den Entschädigungsfonds für Asbestopfer in der Schweiz. Für dessen Schaffung im Jahr 2017 hat sich insbesondere Ex-Unia-Präsident Vasco Pedrina eingesetzt. Der Fonds zahlt dort Beiträge, wo die Suva nicht einspringt. Die Wirtschaft hatte erst namhafte Beiträge an den Fonds zugesichert, aber gekniffen, sobald das Thema wieder aus den Schlagzeilen war. So muss man mit einem Bruchteil der erwarteten Gelder für die Opfer auskommen. Rund 2000 Menschen sind bis heute in der Schweiz an asbestbedingtem Krebs gestorben. Und jedes Jahr sterben weitere, da es Jahrzehnte dauern kann, bis dieser tückische Krebs ausbricht.

Fussball-WM in Katar: Gewerkschaften organisieren Arbeiter-Turnier 3:0 für die roten Bauarbeiter!

Acht Monate vor der WM lud die Bau- und Holzarbeiter Internationale nach Doha zur Lagebesprechung – und zum Freundschaftsturnier. Unia-Mitglied Sebastian Julen (25) klickte mit.

JONAS KOMPOSCH

Ende November ist es so weit: Anpfiff zur Fussball-Weltmeisterschaft der Männer in Katar. Doch zunächst traten lokale Bauarbeiterinnen und Bauarbeiter zum Turnier an. Denn am 30. März fand in Katars Hauptstadt Doha der Migrant Workers' Cup statt. Organisiert hatten das Turnier die Bau- und Holzarbeiter Internationale (BHI) und der Weltverband der Fussballergewerkschaften Fifpro. Die beiden Organisationen haben nebst dem Cup eine Konferenz auf die Beine gestellt. Ihr Thema: die Entwicklung der Arbeitnehmendenrechte in Katar seit der WM-Vergabe.

Mit von der Partie war auch Sebastian Julen von der Unia-Jugend Oberwallis. Der 25-jährige war als Schweizer Gewerkschaftsdelegierter angereist – und als leidenschaftlicher Kicker des Viertligisten FC Raron. In Doha stiess Julen zum Team Rot, einer Auswahl von neun Arbei-

terinnen und Arbeitern aus Uganda, Kamerun und dem Senegal sowie drei Gewerkschaftern aus Deutschland, Holland und Norwegen. Bereits im ersten Match war Julens Team voll gefordert. Denn das Los bescherte der Gegenmannschaft sämtliche Gewerkschaftskader der Fifpro – darunter Ex-Real-Madrid-Stürmer David Aganzo (41), der

«Gewerkschaften sind in Katar noch immer verboten.»

SEBASTIAN JULEN, UNIA-JUGEND

Manchester-City-Ehemalige Simon Colosimo (43) und die AS-Roma-Legende Damiano Tommasi (48). Doch Julen erzählt: «Die Altmeister haben sich heillos überschätzt. Unsere Bauleute waren sehr angegriffen und haben mächtig eingeeizelt!» Resultat: 3:0 für die Roten. So flott ging's auch weiter – bis zum finalen Penaltyknüller samt Pokalsieg.

ARBEITER-ZENTRUM GEFORDERT

Wie aber steht's um die Arbeitnehmendenrechte? Die Golfmonarchie liess schliesslich in acht Jahren sechs neue Stadien aus dem Wüstenboden stampfen und zwei bestehende erneuern – zu oft miserablen



ARBEITER-POKAL: Gewerkschafter Sebastian Julen (in der Mitte) mit dem siegreichen Team Rot. FOTO: UNIA

oder gar tödlichen Arbeitsbedingungen. Immer wieder auf Katars Bauplätzen ist Unia-Frau und BHI-Delegierte Rita Schiavi. Sie sagt: «Die Arbeitsbedingungen der Bauleute wurden auf unseren Druck hin verbessert.» Auch der allgemeinverbindliche Mindestlohn sei eine Folge des gewerkschaftlichen Drucks, genauso wie die Abschaffung des «Kafala»-Systems. Dieses untersagte den Stellenwechsel oder die Ausreise, falls der Chef damit nicht einverstanden war. Dennoch

bleibe noch sehr viel zu tun. Dazu Julen: «Gewerkschaften sind noch immer verboten. Es braucht daher wenigstens ein Workers' Center!» Ein solches Zentrum könne den Arbeitenden als Ort des Austauschs dienen. Dass mehr Schutz längst überfällig ist, zeigt eine neue Enthüllung von Amnesty International: Demnach herrscht bei Sicherheitsfirmen im Dienst der Fifa Zwangsarbeit – und bei den darüber bestens informierten Behörden Gleichgültigkeit.

USA: Erste Gewerkschaftsvertretung bei Jeff-Bezos-Konzern

Amazon: Rapper Smalls ganz gross



CHRIS SMALLS: Der ehemalige Amazon-Mitarbeitende gründete die unabhängige Gewerkschaft «Amazon Labor Union» (ALU), bezwang den Onlinekonzern und schrieb damit Gewerkschaftsgeschichte. FOTO: GETTY

Er hat's geschafft! Dem Amazon-Büezer und Rapper Chris Smalls gelang der gewerkschaftliche Durchbruch beim Online-Giganten.

RALPH HUG

Chris Smalls (33) hat immer einen lockeren Spruch wie diesen drauf: «Wir arbeiteten hart, hatten Spass und schrieben Geschichte.» Er ist jetzt der grosse Held der US-Arbeiterbewegung. Denn er zwingt Milliardär und Amazon-Besitzer Jeff

«Wir danken Jeff Bezos, dass er im Weltraum war. In dieser Zeit haben wir hier unten eine Gewerkschaft gegründet.»

CHRIS SMALLS

terung, Lügen. Doch all dies nützte nichts im Amazon-Warenzentrum von Staten Island südlich von New York.

Dort arbeiten fast 5000 Leute unter denselben miesen Bedingungen wie in allen Amazon-Lagern: Totalüberwachung, Stress, Hetzerei, Tieflohne. Unter ihnen auch Chris Smalls. Der Afroamerikaner kennt den Laden. Seit 2015 chrapft er schon bei Amazon. Während der Pandemie platzte ihm der Kragen. Die Manager taten viel zu wenig, um Ansteckungen zu verhindern, fand er. Und half im März 2020, eine Protestpause zu organisieren. Gleichentags wurde er gefeuert.

GEWERKSCHAFTS-BARBECUE

Da schaltete Smalls auf Kampf um. Er gründete im April 2021 die unabhängige Gewerkschaft «Amazon Labor Union» (ALU), erstellte eine Website und startete ein Crowdfunding. Innert sechs Wochen kamen bereits 4500 Dol-

lar rein, später noch viel mehr. Geld von Arbeitskolleginnen und -kollegen, die alle unter dem Joch von Bezos ächzen. Und die wohl nur darauf gewartet hatten, dass es einer den Amazon-Chefs mal so richtig zeigt. Elf Monate lang sass Smalls Tag für Tag in einem kleinen Zelt an der Bushaltestelle beim Warenzentrum. Er briet Barbues, redete mit den Leuten und sammelte Unterschriften. Gemäss US-Arbeitsgesetz muss ein Arbeitgeber eine Abstimmung im Betrieb durchführen, wenn mindestens 30 Prozent eine Gewerkschaftsvertretung verlangen.

Viele Büezerinnen und Büezer bei Amazon kannten Smalls persönlich. Und Smalls sie. So kamen die Unterschriften zusammen. Als ehemaliger Rapper hat er immer einen träfen Kommentar parat. Zum Beispiel: «Wir danken Jeff Bezos, dass er im Weltraum war. In dieser Zeit haben wir hier unten eine Gewerkschaft gegründet.» Dieses Bonmot wird in die US-Gewerkschaftsgeschichte eingehen. So wie der klare Sieg seiner ALU bei der Abstimmung vom 1. April: 2654 Stimmen für die Gewerkschaft, 2131 dagegen. «Gratuliere, Jeff Bezos!» so Chris Smalls' cooler Kommentar auf Twitter. Amazon will das Resultat rechtlich anfechten und die Abstimmung wiederholen lassen.

RASSISTISCHE MANAGER

Wieso konnte der «David Smalls» gegen den «Goliath Amazon» gewinnen? Weil seine neue «Amazon Labor Union» konsequent von unten agierte statt von oben. Will heissen: Was zählt, ist die Basis. In der ALU, die Smalls jetzt präsidiert, ist er der einzige Funktionär. Alle anderen Mitglieder arbeiten bei Amazon oder sind Ehemalige. So ist diese Gewerkschaft «bi de Lüüt» – und auch ein Spiegel der Amazon-Arbeitnehmenden: vorwiegend jung, bunt und multiethnisch. So wie Smalls selber: Mit seinem Piratenkopftuch, der dunklen Sonnenbrille, den Goldketten um den Hals und dem knallroten Outfit sieht er eher aus wie eine Mischung aus Rap-Star und Black-Panther-Aktivist als wie ein Gewerkschaftsfunktionär.

Smalls entlarvte in seiner Kampagne auch den grassierenden Rassismus im Ama-

Amazon geknackt: Smalls macht Schule

Der Sensationserfolg von Chris Smalls und seiner «Amazon Labor Union» (ALU) hat die Mitarbeitenden des Onlinekonzerns ermutigt. Ende April steht in einem weiteren Verteilzentrum in New York eine Abstimmung über eine Gewerkschaftsvertretung an. Auch im Verteilzentrum Bessemer (Alabama) geht der Kampf weiter. Zweimal lehnten die Beschäftigten eine Gewerkschaft ab. Doch nun findet eine Untersuchung wegen Manipulationsvorwürfen durch das Management statt. In New York verhandelt die ALU jetzt über bessere Arbeitsverträge. Speziell verlangt sie einen Stop der Hire-and-fire-Praktiken während der Verhandlungen. (rh)

zon-Konzern. Mehrmals hatte er sich im Warenzentrum für eine leitende Funktion beworben. Immer war er abgeblitzt. Die weissen Manager stuften den Afroamerikaner als dumm und ungebildet ein («not smart or articulate»). Das enthüllten geleakte E-Mails aus der Chefetage. Sie glaubten, mit ihm als Gegner leichtes Spiel zu haben. Ein Irrtum. So ist der Sieg an der Urne für Smalls auch eine persönliche Genugtuung als Afroamerikaner.

Die grosse Warenhausgewerkschaft RWDSU hatte letztes Jahr erfolglos versucht, die Arbeitnehmenden im Amazon-Verteilzentrum von Bessemer im US-Staat Alabama zu organisieren (work berichtete: rebrand.ly/davidagegen-goliath). Es war ein Showdown mit Dutzenden von Funktionären, viel Geld, Stars und medialem Tamtam. Aber ohne die von Amazon eingeschüchterten Büezerinnen und Büezer, die Angst hatten, ihren Job zu verlieren, und daher mehrheitlich Nein stimmten. Demgegenüber gewann Smalls den Kampf in New York mit nur 23 Freiwilligen aus der Amazon-Belegschaft. Derrick Palmer ist ein Weggefährte von Smalls seit den Anfängen der Kampagne. Palmer zieht Bilanz: «Unser Ansatz ist eben besser.» Der Ansatz lautet ganz einfach: «Du musst drin sein, bei den Leuten. Nur so kannst du sie verstehen.»



la suisse existe
Jean Ziegler

DIE TRAGÖDIE HINTER DER TRAGÖDIE

Es gibt Momente im Leben der Bürgerinnen und Bürger, in denen sie sich total mit ihrem Heimatland identifizieren und stolz sind auf seine Regierung. Ein solcher Moment war für mich der 30. März. Wie überall in der Schweiz verlottern auch in Genf die öffentlichen Dienste. Seit 35 Minuten stand ich an diesem Dienstagmorgen in der Schlange im Genfer Hauptbahnhof, um an einem der wenigen offenen Schalter ein Billett zu

Wo ist Hoffnung? Im Willen unseres Volkes, flüchtenden Menschen zu helfen – wo auch immer sie herkommen.

kaufen. Vor mir wartete eine bleiche junge Frau mit zwei kleinen, offensichtlich über-

müdeten Mädchen. Die junge Mutter kam aus der Ukraine. Sie hatte Schwierigkeiten mit der Sprache. Die freundliche SBB-Mitarbeiterin hinter dem Schalter hatte Mühe mit dem Englischen. Die Ukrainerin wollte ein Billett für den Jura kaufen. Dort wartete auf sie eine Gastfamilie.

EUROPÄISCHE LEBENSWEISE. Ich versuchte zu vermitteln. Da sagte die Schalterbeamtin plötzlich: «Aber Sie brauchen doch gar keine Fahrkarte! Ihr Pass genügt. Für alle ukrainischen Flüchtlinge ist Bahnfahren in der Schweiz gratis.» Über 27 000 Gastfamilien haben sich schweizweit bis Ende März gemeldet. Sie wollen vom Krieg vertriebene ukrainische Flüchtlinge aufnehmen. Diese Gastfreundschaft ist zutiefst beeindruckend. Sie zeigt die Warmherzigkeit, die im helvetischen Kollektivbewusstsein schlummert. Hinter der ukrainischen Flüchtlingstragödie, die durch die europäische Gastfreundschaft gelindert wird, verbirgt sich eine andere, beinahe vergessene Tragödie. Denn Flüchtlinge der Kriege in Syrien, Irak, Jemen oder Südsudan erwartet an der Ost- und Südgrenze unseres Kontinents keine Gastfreundschaft und kein Mitgefühl. Sie werden als «Bedrohung der europäischen Lebensweise» (EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen) betrachtet und entsprechend behandelt. Bewaffnete Schnellboote der EU-Grenzpolizei Frontex machen Jagd auf die Schlauchboote der Flüchtlinge in der Ägäis und im zentralen Mittelmeer. Sie drängen die Boote zurück, viele kentern, und ihre Insassen ertrinken. Auch an den ost- und südosteuropäischen Landgrenzen jagen die von Frontex gesteuerten und finanzierten nationalen Grenzschützer Flüchtlinge mit entsetzlichen Methoden zurück.

Besonders absurd ist die polnische Strategie. Aussereuropäische Flüchtlingsfamilien werden von der polnischen Armee in die Wälder und Sümpfe Weissrusslands zurückgetrieben, wo sie oft in der eisigen Kälte zugrunde gehen. Gleichzeitig nimmt das Land grosszügig bisher schon über zwei Millionen ukrainische Flüchtlinge auf.

62 MILLIONEN FÜR FRONTEX? Unser Land ist Mitglied von Frontex. Schweizer Zöllnerinnen und Zöllner sind an den Verbrechen direkt beteiligt. Bundesrat und Parlament wollen den Schweizer Beitrag an Frontex um das Dreifache erhöhen, auf 62 Millionen Franken pro Jahr.

Wo ist Hoffnung? Im Willen unseres Volkes, das Asylrecht zu garantieren und flüchtenden Menschen zu helfen – wo auch immer sie herkommen. Deshalb müssen wir in der Abstimmung am 15. Mai die Beitragserhöhung für Frontex ablehnen.

Jean Ziegler ist Soziologe, Vizepräsident des beratenden Ausschusses des Uno-Menschenrechtsrates und Autor. Sein im letzten Jahr im Verlag Bertelsmann (München) erschienenes Buch **Die Schande Europas. Von Flüchtlingen und Menschenrechten** kam jetzt als Taschenbuch mit einem neuen, stark erweiterten Vorwort heraus.



Das Leben ist schön,
solange nichts passiert.

suva.ch/regeln

Deshalb gibt's die lebenswichtigen Regeln.

Halte dich an deine lebenswichtigen Regeln
und sag bei Gefahr «Stopp»!



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Finanziert durch die EKAS
www.ekas.ch

suva

Präsidentschafts-Wahlen: Tage der Entscheidung in Frankreich

Le Pen oder Macron? Pest oder Cholera?



VERFLIXTE EMMARINE: Die Französischen und Franzosen müssen sich bei den Präsidentschaftswahlen zwischen Emmanuel Macron (links, nur auf diesem Bild!) und Marine Le Pen entscheiden. FOTO: KEYSTONE

Frankreich hat am 24. April nur noch die «Wahl» zwischen einer rassistischen Rechts-extremen und einem autoritären Sozialabbauer. Der Ausgang ist ungewiss.

OLIVER FAHRNI, MARSEILLE

Ihre Tarnung war perfekt. Auf den sozialen Kanälen verbreite sie liebliche Katzenbilder. Plauderte mit Frauenzeitschriften über Karaoke und Familiäres. Liess sich auf Provinzmärkten ablichten («ein Selfie mit Marine»). Kein Wort zu viel, kein Wort zu laut: Mit blondem Dauergrinsen lächelte Marine Le Pen die Brutalität ihres rechtsextremen Programms weg. «Operation Banalisierung» nannten sie das in ihrer Partei, dem Rassemblement national (RN).

Und es gelang ihr: Nun steht Le Pen im 2. Wahlgang dem bisherigen französischen Präsidenten Emmanuel Macron allein gegenüber. Ihr schadete nicht einmal, dass sie Putin ebenso verehrt wie den ungarischen Regenten Viktor Orbán. Und auch nicht, dass russisches Geld ihre Partei vor dem Konkurs bewahrt hatte. Umfrageinstitute und Politik-Kundige befürchten jetzt sogar, Le Pen könnte am 24. April, wenn Frankreich definitiv wählt, den Präsidenten ausstechen. Nonna Mayer, eine angesehene Rechtsextremismusforscherin, sagt: «Eigentlich spricht vieles gegen Le Pen. Aber in dieser Wahl ist alles möglich.»

LE PENS PROGRAMM

Um zu verstehen, wie verheerend ein Sieg Le Pens für Frankreich und Europa wäre, genügt der Blick in ihr Programm. Le Pen würde nicht nur über Armee und Atomknopf gebieten. Per

Referendum will sie sofort etliche Grund- und Menschenrechte aushebeln. Millionen «Papierfrenchosen» (Le Pen) wären mit einem Schlag Bürgerinnen und Bürger zweiter Klasse. Fünf Millionen Immigrierte (darunter 38 Prozent aus der EU) und Flüchtlinge wären nicht einmal mehr das. Le Pen plant Massenausweisungen. Besonders Menschen muslimischen Glaubens wären jeder Willkür ausgesetzt. Die Staatsbürgerschaft bekäme nur noch, wer galisches Blut nachweisen kann. Gewerkschaften müssten sich auf rein betriebliche Probleme beschränken, die Justiz würde beschnitten, die Polizei bekäme ein Recht auf quasi unbeschränkten Waffengebrauch. Ein Albtraum!

Zwei Männer haben Le Pen bei ihrer Kampagne geholfen. Zum einen Eric Zemmour, ein neofaschistischer Journalist und Kandidat des Beton- und Medienmilliardärs Vincent Bolloré (work porträtierte ihn hier: rebrand.ly/faschist-verfuehrt-frankreich). Zemmour wollte Le Pen rechts überholen. Er hetzte gegen Islam, Frauen, Menschenrechte, Gewerkschaften, Wissenschaftler, Justiz, Linke usw. Eigentlich Le Pens Themen. Sie überliess ihm die Drecksarbeit und baute sich so ein gewässigeres Image. Überall hatte Zemmour offenes Mikrophon. Frankreichs Oligarchie liebt ihn. Zwar liebt sie auch Macron, den «Präsidenten der Reichen». Doch sie fährt lieber doppelgleisig: aus Angst, die Linke könnte gewinnen. Was Jean-Luc Mélenchon und seiner Union populaire beinahe auch gelungen wäre (siehe Spalte rechts).

Zeitweilig lag Zemmour deshalb weit vor Le Pen, doch dann überzog er die Radikalisierung. Die besten Resultate holte er jetzt in den Quartieren der Superreichen, etwa im 8. und 16. Pariser Arrondissement. Unterm Strich landete er aber nur an vierter Stelle. Der eigentliche Macher von Le Pen ist Präsident Macron selbst. 2017, bei der letzten Präsidentschaftswahl, brachte ihn das Duell mit Le Pen an die Macht.

2022 sollte ein Remake werden. Als der Protest der Gewerkschaften, der Gilets jaunes und der Klimajugend gegen seine Abbau- und Sparpolitik aufbrannte, begann Macron, jedes soziale

Zemmour und Macron haben Le Pen bei der Wahl geholfen.

Problem zu einer Frage von Migration und nationaler Identität umzubiegen. Er liess ein Anti-Islam-Gesetz durchpeitschen, erliess 21 Sicherheitsgesetze, beschuldigte alle Kritiker und Kritikerinnen des «Islamo-Gauchisme», also als linke Islam-Freunde. Macron rutschte immer mehr nach rechts und liess seinen Innenminister sagen, Le Pen sei «etwas weich». Die konnte sich lächelnd zurücklehnen: Denn Macron fuhr sie quasi im Schlafwagen in den 2. Wahlgang.

KEINE LUST AUF MACRON

Bis zur definitiven Entscheidung, so Macrons Drehbuch, wird er das Lied vom Kampf gegen die ultrarechte Gefahr Le Pen spielen, jener Ideologie also, die er selbst ins Zentrum der Debatte gehoben hat.

Nur gibt es da ein Problem. Die krachend gescheiterten Sozis und Grünen haben Macron ihre Stimmen zwar schon versprochen. Auch Jean-Luc Mélenchon bekannte am Wahlabend: «Keine einzige Stimme für Le Pen!» Das ist logisch. Doch handkehrum hat bei der Linken kaum jemand Lust, Macron die Stimme zu geben. Fünf Jahre sozialer Abbau und präsidiale Arroganz sind genug. Und die Pläne Macrons sind brachial – wird er wieder Präsident, plant er etwa eine wuchtige Erhöhung des Rentenalters, die er nach massiven Protesten vor 18 Monaten absagen musste. Viele sagen dieser Tage deshalb: «Ich will nicht noch einmal dazu erpresst werden, gegen meinen Willen zu wählen. Ich bleibe zu Hause.» Marine Le Pen freut es.

Frankreichs Linke: 7mal gefallen, 8mal wieder aufgestanden

Es wurde Frühling, und Zehntausende waren auf den Pariser Platz der Republik geeilt, zum Meeting des linken Kandidaten Jean-Luc Mélenchon. Als die Menge «Mélenchon, président» skandierte, unterbrach sie der Mann, der für sein sperriges Ego bekannt ist: «Leute, ich weiss, wie ich heisse. Wir sind die Union populaire!» Frei übersetzt die «Volksfront», UP.

STARKE FRAUEN. Mélenchon kam von weit her an diesem 20. März. Vor fünf Jahren, bei der letzten Präsidentschaftswahl, hatte ihm nur eine Handvoll Stimmen gefehlt. Eigentlich ein immenser Erfolg für eine Bewegung, die mit dem System brechen will. Doch er hatte bitter reagiert, statt ein starkes rot-grünes Bündnis zu bauen.

Wer damals dachte, Mélenchon sei erledigt, täuschte sich. Jetzt titelte eine Zeitung: «Mélenchon, sieben Mal gefallen, acht Mal wieder aufgestanden». Der frühere Minister der Sozialisten ist zäh. Vor allem war er klug genug, ein paar starke Köpfe um sich zuzulassen, die ihn zähm-

Frankreichs Linke wird sich künftig um Mélenchon sammeln.

ten. Zuvorderst Frauen wie die Parlamentarierinnen Clémentine Autain, Mathilde Panot, Danièle Obono, Manon Aubry (Vizepräsidentin der Linken im EU-Parlament) oder die blitzgescheite junge Generalsekretärin der UP, Clémence Guetté. Sie haben hart gearbeitet. Ihr Programm geht ökologisch weiter als das der Grünen. Sozial lässt es die französische SP weit hinter sich. Und es plant eine radikale Demokratisierung: Beschränkung der Präsidentenmacht, Referendum und die Möglichkeit, wortbrüchige Politikerinnen und Politiker abzurufen.

SOZIS ADIEU! Vor allem haben die «Rebellischen» verstanden, dass die Zeit der alten, grossen Parteiapparate vorbei ist. Sie holten Gewerkschaften, Klimajugend, zahlrei-



STARKE FRAUEN: Mélenchon, mit Generalsekretärin Clémence Guetté (links) und der Parlamentsabgeordneten Mathilde Panot. FOTO: KEYSTONE

che gesellschaftliche Organisationen und Figuren wie die Philosophin Barbara Stiegler in ein neu geschaffenes «Parlament» der UP. Seine Präsidentin ist die frühere Chefin der globalisierungskritischen Organisation Attac, Aurélie Trouvé.

Was die neoliberal gewendete SP und die Grünen dazu beweg, ihren Wahlkampf statt gegen Macron und die extreme Rechte vor allem gegen Mélenchons «Volksfront» zu führen. Damit strafen sie sich selbst. Die Kandidatin der Sozialdemokratie holte nur desaströse 1,8 Prozent der Stimmen, der grüne Kandidat kam in Zeiten der Klimakatastrophe auf magere 4,6 Prozent. Mélenchon schaffte 22 Prozent!

Das fortschrittliche Lager in Frankreich wird sich künftig um die Union populaire sammeln. Mit einer starken Rede zog Aufstiegsstern Mélenchon am Wahlabend seine Referenz: «Die Kraft ist bei uns. Die Jungen werden mir sagen: es hat auch diesmal nicht gereicht. Stimmt. Macht es besser! Merci.» OLIVER FAHRNI



VOR DEM BUNDESHAUS: Die Kundgebung verlangt eine aktive Friedenspolitik. FOTO: MARCEL BIERI



KEINE ZU KLEIN: Die jüngste Demo-Garde. FOTO: DAMARIS HOHLER



«FÜR DEN FRIEDEN»: Rund 10 000 Menschen gingen am 2. April in Bern ein weiteres Mal für das sofortige Ende des Kriegs auf die Strasse. FOTO: KEYSTONE



VOR DER DEMO: Aktivistinnen und Aktivisten verteilen Friedensfahnen. FOTO: CARLO SENN



VORNE DABEI: Ex-Bundesrätin Ruth Dreifuss (2. v. r.). FOTO: MARCEL BIERI



FRAUEN AN DER SPITZE: Unia-Chefin Vania Alleva (2. von links) und SP-Co-Präsidentin Mattea Meyer (in der Mitte) führen den Demonstrationszug an. FOTO: SGB/ALEXANDRA ZDRAVNYK



«KEIN KRIEG»: Dafür trotzten die Demonstrierenden dem schlechten Wetter. FOTO: MARCEL BIERI

10 000 für den Frieden

Bei winterlichem Wetter protestierten die rund 10 000 Teilnehmenden der Kundgebung «Frieden jetzt!» von der Schützenmatte durch die Berner Altstadt zum Bundesplatz. Sie forderten einen sofortigen Waffenstillstand, den Abzug der russischen Truppen, eine internationale Untersuchung der begangenen Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverletzungen, humanitäre

Unterstützung für Flüchtende sowie eine grosszügige und diskriminierungsfreie Aufnahme von Flüchtenden in der Schweiz. Speziell hingewiesen wurde auf die Situation von Frauen, da Krieg und die damit einhergehende Vertreibung die Gefahr sexualisierter Gewalt erhöhen. Zudem wurden harte Sanktionen gegen das Putin-Regime gefordert und eine rasche

Verringerung der Abhängigkeit von russischem Öl und Gas. Aussenpolitisch brauche es humanitäre Einsätze und eine aktive Friedenspolitik im Rahmen der OSZE und der UN-Charta. Aufgerufen zur Kundgebung hatte ein breites Bündnis von Gewerkschaften, Parteien, Religionsgemeinschaften und Organisationen der Zivilgesellschaft.

Gewerkschafter Buketow erklärt den Krieg und die russische Gewerkschaftswelt «Alles fällt auseinander. Wegen Putins Aggression!»

Er ist Russe und arbeitet als Gewerkschafter in Genf. Nach dem Ende der Sowjetunion beteiligte sich Kirill Buketow (52) am Aufbau unabhängiger Gewerkschaften in Russland. Da war Aufbruchsstimmung und Hoffnung. Doch jetzt sagt er: «Alle zivilisatorischen Errungenschaften brechen zusammen.»

JONAS KOMPOSCH

work: Kirill Buketow, Sie gehören zu jenem Teil Russlands, der sich aktiv gegen den Krieg stellt. Wie ist das für Sie, wenn der ukrainische Botschafter in Deutschland sagt: «Alle Russen sind jetzt unsere Feinde»?
Kirill Buketow: Das tut weh. Heute spüren alle Russinnen und Russen, dass unsere ganze Kultur und all unsere zivilisatorischen Errungenschaften zusammenbrechen. Alles fällt auseinander. Wegen Putins Aggression! Es ist schrecklich, dabei zuschauen zu müssen. Doch ich verstehe die Wut der Ukrainer gut. Und trotzdem: diesen Krieg werden wir nur gemeinsam stoppen.

Sie sind ursprünglich ja Geschichtslehrer. Wie erklären Sie diesen Krieg?
Er ist eine typische Reaktion eines zerfallenden Kolonialreichs. Jedes Imperium antwortet mit Gewalt, wenn seine Kolonien nach Freiheit streben. Nehmen Sie Frankreichs Algerienkrieg. Oder Grossbritanniens Krieg gegen die indische Unabhängigkeitsbewegung – beides gewaltvolle Antworten auf den Ruf nach Selbstbestimmung. Und leider war es auch immer so, dass die imperialistischen Kriege in der Bevölkerung der Kolonialreiche zunächst auf grosse Unterstützung stiessen.

Also haben Sie mit einem Krieg gerechnet?
Nein, dieses Szenario erschien mir schlicht zu fürchtbar. Kaum jemand sah das kommen. Einer jedoch sagte den Krieg schon 2014 voraus: Boris Nemzow, der russische Oppositionspolitiker und Anführer der Friedensdemonstrationen von 2014. Damals protestierten in Russland Millionen gegen die Annexion der Krim und die verdeckte Intervention im

Donbass. Die Strassen waren voller Ukraine-Fahnen. Dann erschoss sie Nemzow. Es folgten Giftanschläge auf Oppositionelle, Nichtregierungsorganisationen wurden als «ausländische Agenten» verfolgt, unabhängige Medien drangsaliert, Systemkritiker ins Exil getrieben, politische Gefangene gefoltert. Zuletzt hat der Staat sogar die weltweit renommierte Menschenrechtsorganisation Memorial geschlossen. Zwei Wochen später folgte die Invasion der Ukraine.

Was wir nicht verstehen: Warum unterstützt der grosse russische Gewerkschaftsbund FNPR den Angriff auf die Ukraine?
Weil der Verband ein integraler Teil von Putins Imperialprojekt ist! Sämtliche Massenveranstaltungen, die der Kreml für seine Propaganda braucht, werden vom FNPR organisiert. Manchmal hilft noch die Regierungspartei «Einiges Russland», in der heute alle FNPR-Spitzen Mitglieder sind. Für solche Dienstleistungen bedankte sich Putin schon 2012 mit einem Besuch der Moskauer Gewerkschaftsparade zum 1. Mai.

Aber vom Krieg haben die Gewerkschaften doch nichts!
Natürlich nicht, die arbeitende Bevölkerung Russlands leidet bereits jetzt unter den wirtschaftlichen Folgen. Und es wird noch viel schlimmer werden.



KIRILL BUKETOW: Er war Maurer und Fabrikarbeiter, wurde später Geschichtslehrer und arbeitet heute als internationaler Gewerkschafter in Genf. FOTO: SEVERIN NOWACKI

Kirill Buketow: Internationaler Aktivist
Kirill Buketow (52) ist Sekretär der Internationalen Gewerkschaft der Nahrungsmittelarbeiter (IUF) und seit 2008 in ihrem Genfer Büro tätig. Zuvor zog der gebürtige Moskauer jahrelang durch die Länder der ehemaligen UdSSR und verankerte die Gewerkschaft in den dortigen Tabak-, Fischerei- und Lebensmittelindustrien. Bereits in der Endphase der Sowjetunion beteiligte sich der damalige Maurer und Fabrikarbeiter am Aufbau unabhängiger Gewerkschaften. Nach einem Geschichts-, Rechts- und Philosophiestudium an der Pädagogischen Staatlichen Universität Moskau wirkte Buketow drei Jahre lang als Vize-Chefredaktor von «Solidarnost», der Zeitung des russischen Gewerkschaftsbunds FNPR.

Also ist der FNPR korrumpiert?
Ja, und zwar schon seit 2008. Damals streikten die Arbeiterinnen und Arbeiter der Ford-Fabriken bei St. Petersburg. Es war die erste grosse Streikbewegung für Lohnerhöhungen nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion 1991. Und sie hatte Erfolg! Deshalb begann die Zeit der Repression. Der Staat wollte die Gewerkschaften wieder unter seine Kontrolle bringen. Es gab Attentate auf Streikführer, die Geheimdienste machten sich an die Gewerkschaften heran, und FNPR-Chef Michael Schmakow ging einen Deal ein: Seine Funktionäre sollten Streiks fortan möglichst verhindern. Im Gegenzug erhielten sie wohl erleichterten Zugang zu den Werkplätzen, um Mitglieder anzuwerben. Aber der FNPR ist nicht einfach nur gekauft. Schmakow und andere sind persönlich fest davon überzeugt, dass der Krieg gegen die Ukraine gerecht sei.

Warum sind Sie sich da so sicher?
Schmakows Äusserungen sind zunehmend fanatisch. Kürzlich habe ich mit einem Freund vom Deutschen Gewerkschaftsbund gesprochen, er stand ziemlich unter Schock. Denn er hatte gerade mit Schmakow telefoniert. Er

wollte den Russen davon überzeugen, dass Gewerkschaften doch keine Kriege unterstützen könnten. Und dass der FNPR doch wenigstens einen Waffenstillstand befürworten müsse. «Auf keinen Fall!» habe Schmakow da in den Hörer gerufen.
Und für diesen Schmakow haben Sie einst gearbeitet?
In den russischen Gewerkschaften begann in den frühen 1990er Jahren ein Erneuerungsprozess. Viele wollten die verkrusteten Bürokratien aus der Sowjetzeit durch demokratische Strukturen ersetzen. Der Anführer dieser Reformbewegung war ebendieser Michael Schmakow gewesen. Er vermochte wirklich zu überzeugen und galt auch im Westen als der grosse Hoffnungsträger. 1993 wurde er Präsident des FNPR. Ich hatte da-

«Der russische Gewerkschaftsbund FNPR ist integraler Teil von Putins Imperialprojekt.»

mals bereits das unabhängige gewerkschaftliche Informationsnetzwerk KAS-KOR mit aufgebaut. Damit gelang es uns, die staatliche Desinformation gegen die grossen Bergarbeiterstreiks zu unterlaufen. Das gefiel Schmakow, und er holte mich 1994 zur Verbandszeitung «Solidarnost».

Heute betreibt diese Zeitung Kriegspropaganda...
Damals war es noch eine fortschrittliche Zeitung! Und für die freie Meinungsäusserung war es die beste Zeit überhaupt. Mit unserem Kurs steigerte ich die Auflage in drei Jahren von 1000 auf 30 000 Exemplare.

Wegen Kriegshetze: Internationaler Gewerkschaftsbund suspendiert FNPR

Der russische Überfall auf die Ukraine beschert dem Internationalen Gewerkschaftsbund (IGB) ein massives Problem. Denn sein grösstes Mitglied, die Föderation der unabhängigen Gewerkschaften Russlands (FNPR), hat sich als fanatische Kriegsbeifürworterin entpuppt. Bereits am Tag eins der Invasion erklärte der Millionenverband, er werde die «Operation zur Denazifizierung der Ukraine» aktiv und «wo immer möglich» unterstützen. Ukraine-Präsident, Wladimir Selenski, werde scheitern wie einst Adolf Hitler. Die Verlautbarung sorgte sofort für Entsetzen (siehe auch das Interview mit dem russischen Gewerkschafter Kirill Buketow auf dieser Seite). Mehrere IGB-Mitglieder forderten den sofortigen Rauswurf des FNPR. Andere hegten die Hoffnung, das russische Mitglied noch umstimmen zu können. Doch spätestens der 18. März zeigte, dass dies unmöglich ist.



FNPR-CHEF: Michael Schmakow. FOTO: PD

Anders bei der Sondersitzung des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB) vom 5. April. Das Traktandum: Suspendierung des FNPR. Dem aber will Schmakow zuvorkommen – und suspendiert seinen Verband gleich selbst. Die Begründung: Sowohl der EGB wie auch der IGB seien «vor lauter US-

AUS MEETING GEKICKT. Schmakow habe den Ukraine-Krieg als «Bürgerkrieg» bezeichnet, die russischen «Friedenstruppen» gelobt und den ukrainischen Präsidenten Selenski als «Nazi» beschimpft. Cirigliano erzählt weiter: «Er behauptete, die ukrainische Armee bombardiere die eigene Bevölkerung. Sämtliche Zerstörung von zivilen Gebäuden gehe auf ihr Konto.» Empört forderten zahlreiche Gewerkschaften, man solle Schmakow das Mikrofon abstellen. Doch IGB-Präsident Ayuba Wabba aus Nigeria handelte nicht.

FNPR-Chef Schmakow bezocknete die russische Armee als «Friedenstruppen».

Propaganda komplett verblendet». EGB-Präsident Luca Visentini wirft Schmakow darauf aus dem Onlinemeeting. Seither ist der FNPR von allen Sitzungen der beiden Gewerkschaftsinternationalen ausgeschlossen. Zum definitiven Ausschluss dürfte es im November kommen. Dann tagt der ordentliche IGB-Kongress, der hierzu berechtigt ist. JONAS KOMPOSCH

Bei uns haben jene eine Stimme, über die andere nur reden.

AZA 3000 BERN 16 POST CH AG NR. 6 | 1. APRIL 2022 | FR. 2.80 | www.workzeitung.ch

UNIA DIE ZEITUNG DER GEWERK **work**

Bern, Schützenmattli
Kundgebung für den Frieden
2. April, 13:30 Uhr

2. April: Heraus zur Friedenskundgebung in Bern! Seite 3



Ukraine: Das Leiden im Bild
Fotograf Eddy van Wessel spricht über seine Arbeit. Seite 12

Klima: Weniger chrampfen hilft
Arbeitszeitsenkungen schützen die Gesundheit und schonen das Klima. Seite 7

Bau: Die Búezer sind parat
Die Bauarbeiter sind bereit, für bessere Arbeitsbedingungen zu kámpfen. Seite 5

Wenn ein Job nicht reicht
Was Sie beachten müssen, wenn Sie mehr als einen Job haben. Seiten 20-21

Frieden jetzt!

Bau-Gewerkschafterin Anna Andreeva flúchtete aus der Ukraine in die Schweiz. Das hat sie uns zu sagen. Seiten 10-11
10 Seiten zu Putins Angriffskrieg und seinen Folgen. Seiten 3, 6, 10-18

PHOTO: OLIVER POELS/SIPA, LEVONKENTY / EDDY VAN WESSEL / SIPA

work sagt, was ist. Am Puls der Zeit.

work – die Zeitung zur Arbeit für die Arbeitenden.

+++ 1 Jahr work für 36 Franken +++ www.workzeitung.ch



«Alles fällt auseinander ...»

Fortsetzung von Seite 13

Sie mussten also fast bei null anfangen?

Es gab ja überhaupt keine gewerkschaftliche Tradition mehr! Der Stalinismus hatte die Gewerkschaftsbewegung eliminiert – und zwar physisch. Als ich als junger Maurer in der Zeit der Perestrojka (Prozess des «Umbaus» ab 1986 unter Michail Gorbatschow, Red.) an der neuen Arbeiterbewegung teilnahm, fanden wir keinen einzigen alten Gewerkschafter, der uns seine Erfahrung hätte weitergeben können. Das war in den restlichen Staaten des Ostblocks übrigens nicht so. Dort hatte eine gewisse Tradition überlebt.

Schon damals misstrauten offenbar viele Lohnabhängige dem FNPR. Warum?

Der FNPR trat das Erbe der sowjetischen Arbeitsorganisationen an. Das waren weder repräsentative noch demokratische Organisationen, also keine echten Gewerkschaften. Sondern eher Apparate zur Verteilung von Wohlfahrtsdienstleistungen und Finanzhil-

«Der Stalinismus hatte die Gewerkschaftsbewegung eliminiert.»

fen, damit die Mitglieder nicht verhungerten. Gleichzeitig hatten diese Organisationen eine ideologische Kontrollfunktion. Sie mussten jede selbständige Initiative der Arbeiterschaft verhindern. Der FNPR trat an, diese Strukturen zu reformieren, stiess aber vielerorts auf Widerstand konservativer Eliten. Manche Werkstätigen, besonders die Matrosen, Berg- und Transportarbeiter, glaubten daher nicht an das Reformprojekt. Sie wünschten Schmakow zwar viel Erfolg, gründeten aber lieber ihre eigenen Gewerkschaften.

Meinen Sie die Gewerkschaften der Konföderation der Arbeit Russlands (KTR), jenes Dachverbands, der sich heute mutig gegen den Krieg stellt?

Genau. Wobei diese Gewerkschaften noch lange zerstritten waren. Es gab einerseits die Konföderation der Arbeit Russlands und andererseits die Allrussische Konföderation der Arbeit. Das war sehr verwirrend. Erst unter dem Eindruck der zunehmenden Repression fusionierten die Verbände im Jahr 2009. Heute stehen viele Mitglieder des KTR unter grossem Druck. Kürzlich haben zum Beispiel 5000 Lehrerinnen und Lehrer öffentlich erklärt, dass sie an ihren Schulen keine Kriegspropaganda betreiben wollen. Jetzt sind sie mit heftiger Repression konfrontiert.

Und der FNPR schaut einfach weg?

Im Gegenteil. Die unabhängigen Gewerkschaften sind dem FNPR schon lange ein Dorn im Auge. Deshalb befahl Schmakow seinen Leuten, die Führungspositionen der internationalen Gewerkschaftsföderationen zu besetzen. So sollten sie alle Aufnahmegesuche der unabhängigen Verbände abblocken. Dass die echten Gewerkschaften jetzt Probleme bekommen, ist also ganz in seinem Interesse.



WIEDER IN BETRIEB: Im Stahlwerk von Kryvyi Rih im Süden der Ukraine wird auch während des Kriegs gearbeitet. Für die 24 000 Beschäftigten ist die Arbeit im Werk ihre Existenzgrundlage. FOTO: ARCELOR MITTAL

Ukraine: Metallgewerkschafterin Marynyuk arbeitet weiter – trotz Krieg

«Unsere Arbeit hat sich komplett verändert»

Der Krieg könne bald wieder die Umgebung des Stahlwerks in der ukrainischen Stadt Kryvyi Rih erreichen, befürchtet die lokale Gewerkschafterin Natalya Marynyuk. Trotzdem ist sie zuversichtlich.

MICHAEL STÖTZEL

work: Der Stahlriese Arcelor Mittal erklärte vor einer Woche, dass sein ukrainisches Werk in Kryvyi Rih wieder anlaufe. Nach einmonatigem Unterbruch. Können Sie das bestätigen?

Natalya Marynyuk: In der Tat wurde ein Hochofen wieder hochgefahren. Auch die Stahlverarbeitung soll wieder beginnen. Erz wird zurzeit nur im Tagebau gefördert, das war nie unterbrochen. Die Arbeiten haben ukrainische Manager geleitet, da sich die ausländischen Manager nach Polen abgesetzt hatten. Doch mittlerweile kehren die ersten wieder zurück.

Arcelor Mittal: Werk aus Sowjetzeiten

Arcelor Mittal ist der weltweit grösste Stahlproduzent. Der Konzern wurde 1934 zu sowjetischen Zeiten gegründet. Er integriert Eisenschmelze, Stahlbearbeitung und Erzabbau. Der Stahl wurde vor dem Krieg vor allem zu Walzblöcken, Moniereisen und Drähten verarbeitet. Erz wurde auch an andere Standorte des Unternehmens per Schiff exportiert. Eigentümerin ist seit 2005 die niederländische Mittal Steel, die 2006 mit der luxemburgischen Arcelor fusionierte. Seitdem heisst das Werk Arcelor Mittal Kryvyi Rih.

Gerüchteweise hiess es, das Unternehmen wolle den Krieg zum Vorwand nehmen, um das Werk ganz zu schliessen.

Das halte ich für ausgeschlossen, das Werk ist hochprofitabel. Im letzten Jahr erwirtschaftete es Rekordgewinne. Eine Schliessung würden wir auch nicht hinnehmen, denn das Unternehmen ist von strategischer Bedeutung für die ukrainische Wirtschaft und die Existenzgrundlage von 24 000 Menschen.

Man erwartet neue schwere Kämpfe auch in Ihrer Region. Ist Produktion unter der Bedingung überhaupt möglich?

Ja, wir rechnen mit neuen Kämpfen, nicht nur im Osten des Landes, sondern auch in unserer Region. Aber wir glauben an unsere Armee. Die Front, die einmal auf 10 Kilometer an die Stadt herangerückt war, ist heute wieder 60 bis 70 Kilometer entfernt. Und unsere Armee rückt östlich und südlich von uns weiter vor. Deshalb können wir die Arbeiten Stück für Stück wiederaufnehmen. Allerdings werden wir die Logistik verändern müssen. Wir haben zurzeit keinen Zugang zum Schwarzen Meer und müssen auf Züge und Flüsse ausweichen.

Können denn die Arbeiterinnen und Arbeiter einigermaßen sicher sein?

Etwa die Hälfte der Belegschaft ist im letzten Monat im Werk geblieben und findet dort auch Schutz. Im März haben alle ihren Lohn bekommen, zudem einen Risikozuschlag von 30 Prozent. Diesen Zuschlag will die Firma jetzt wieder streichen. Wir verlangen, dass zumindest diejenigen, die sich nicht ausreichend schützen können, also die Fahrer von Lastwagen und Lokomotiven, den Zuschlag weiter erhalten. Darüber verhandeln wir noch. Der Rest der Belegschaft erhielt im März trotz Zwangspausen noch 75 Prozent des Lohns. Von ih-

nen sind 1600 von der Armee eingezogen worden, andere sind bei der Territorialverteidigung, oder sie leisten Freiwilligenarbeit.

Im Werk selbst sind die Beschäftigten also geschützt. Kommen sie aber auch sicher zur Arbeit und wieder zurück nach Hause?

Dafür sorgt die Stadtverwaltung. Sie kennt auch die Routen, die nicht vermint sind.

Ist die Versorgung der Menschen gewährleistet?

Nach anfänglichen Schwierigkeiten, auch als Folge von Hamsterkäufen, ist die Versorgung mit Lebensmitteln mittlerweile geregelt. Aber es gibt in

«Im März haben alle ihren Lohn bekommen, zudem eine Risikoprämie von 30 Prozent.»

der Stadt für die gut 600 000 Einwohnerinnen und Einwohner zu wenig Schutzräume. Und die medizinische Betreuung ist schlechter geworden. Viele Ärztinnen und Ärzte haben die Stadt verlassen. Einige sind in den Nordwesten oder gleich ins Ausland geflohen, andere sind an die Fronten gegangen, um Verwundete zu behandeln. Und es fehlen uns Medikamente, da ist die humanitäre Hilfe sehr wichtig.

Kann Ihre Gewerkschaft dabei helfen?

Ja, seit Ausbruch des Krieges hat sich unsere Arbeit komplett verändert. In den letzten Jahren haben uns vor allem Lohnverhandlungen und der Personalabbau von Arcelor Mittal in Atem gehalten. Jetzt helfen wir bei Evakuierungen, unterstützen unsere Leute in finanziellen Notlagen und vermitteln ihnen rechtliche oder psychologische Beratung. Schwerpunktmässig kümmern wir uns um die Ausrüstung derjenigen, die unser Werk beschützen, zum Beispiel ha-



Natalya Marynyuk

Die 49jährige Natalya Marynyuk begann 1996 als Ökonomin im Stahlwerk von Kryvyi Rih im Süden der Ukraine. Sie engagierte sich in der Gewerkschaft der Metall- und Bergarbeiter (PMGU) und wurde 2017 als erste Frau im Land zur Präsidentin des lokalen Gewerkschaftskomitees gewählt. Es organisiert etwa 70 Prozent der rund 24 000 Beschäftigten des Werks. Die PMGU gehört zu Industriall, der weltweiten Vertretung von Gewerkschaften der Industrie, des Energie- und des Bergbausektors. (ms)

ben wir für sie schussichere Westen gekauft. Was wir nicht in der Ukraine besorgen können, versuchen wir aus dem Ausland zu kaufen oder von unseren Gewerkschaftskolleginnen und -kollegen zu erhalten. Wir haben schon zwei Unterstützungslieferungen unserer Schwestergewerkschaft aus Bremen in Deutschland erhalten und erwarten eine weitere aus Gent in Belgien. Bei all dem brauchen wir auch finanzielle Unterstützung.

Internationale Solidarität ist aber mehr als Hilfsgüter und Geld. Sie zeigt uns, dass wir in unserem Kampf für unser Land und unsere Freiheit nicht alleine sind.

Dieses Interview wurde schriftlich geführt.

Europaweite Petition: Für die Anerkennung von geschlechterspezifischen Fluchtgründen

Ein sicheres Leben für Frauen, Schwule, Lesben und Trans

Sie fliehen vor Zwangs-ehen und sexualisierter Gewalt. Oder aus Angst vor der Todesstrafe, weil sie homosexuell sind. Doch ein Recht auf Asyl haben diese Geflüchteten oft nicht.

MATTIA LENTO, AREA

Mape Boukari* redet schnell. Ohne Punkt und Komma, eine wahre Wortflut auf französisch. «Du musst mich entschuldigen», sagt er am Telefon. Er sei es mittlerweile einfach gewohnt, so zu sprechen. Denn: «Das wird von uns im Asylverfahren verlangt, um glaubwürdig zu wirken.»

Boukari ist Ende zwanzig und schwul. Aus welchem afrikanischen Land er stammt, will er nicht sagen, aus Angst, erkannt zu werden. Weder die Familie noch die Gemeinde haben seine Homosexualität akzeptiert. «Ich konnte so nicht leben», sagt Boukari.

Noch immer sind gleichgeschlechtliche Beziehungen weltweit

in 69 Ländern verboten, und in 11 Ländern droht sogar die Todesstrafe.

Boukari floh nach Tunesien. Dort erwartete ihn ein Albtraum: «Ich wurde als Sklave verkauft und musste auf einer Hühnerfarm arbeiten.» Denn: «In Tunesien gelten wir schwarzhäutige Afrikaner weniger als nichts.» Er wollte über das Mittelmeer nach Europa. Ein gefährliches Unterfangen. Bis 2021 starben rund 44000 Menschen bei einer solchen Überfahrt, die Dunkelziffer: unbekannt.

Boukari schaffte es nach Italien. Doch Rassismus und Homophobie seien auch dort allgegenwärtig gewesen. Deshalb reiste er weiter in die Schweiz. In Genf fühlt er sich si-

«Ich wurde als Sklave verkauft und musste auf einer Hühnerfarm arbeiten.»

MAPE BOUKARI

cher und geborgen. Zum ersten Mal in seinem Leben! Doch die Schweizer Behörden wollen ihn zurück-schicken. Weil Homosexualität als Fluchtgrund nicht anerkannt ist.

GEFÄHRLICHE FLUCHT

Ein internationales Netzwerk will das jetzt ändern. Mit einer europaweiten Petition unter dem Titel «Feminist Asylum» fordern Menschenrechtsorganisationen und Gewerkschaften, dass Menschen, die wegen ihrer sexuellen Orientierung oder geschlechtsspezifischer Gewalt flüchten müssen, in Europa Schutz finden (siehe Box). Dazu gehören auch Transmenschen, für die ein Outing lebensgefährlich sein kann. Und vor allem Frauen: Opfer von Zwangs-heirat, Genitalverstümmelung, Menschenhandel und sexualisierter Gewalt. Die Petition will damit eine gesetzliche Lücke schliessen. Denn: Diese Fluchtgründe wurden in der Genfer Konvention von 1951 – dem Referenztext für Asylpolitik – nicht aufgenommen. Sie fehlen auch im schweizerischen Asylgesetz.

Genaue Zahlen dazu, wie viele Menschen betroffen sind, gibt es nicht. Laut dem Staatssekretariat für Migration (SEM) waren es im vergangenen Jahr 10,3 Prozent aller Asylent-



MEHR SCHUTZ! Plakate der «Feminist Asylum»-Kampagne für die Anerkennung der besonderen Asylgründe von Frauen als Opfer von Zwangsheirat, Genitalverstümmelung oder Menschenhandel. FOTO: FEMINIST ASYLUM

scheide. Ausserdem habe das SEM im Laufe der Jahre eine Praxis entwickelt, die es «Menschen, die aufgrund des Geschlechts diskriminiert wurden, den Flüchtlingsstatus zuerken-

«Viele Frauen leben in Angst, trotzdem erhalten sie nur selten Asyl.»

MARIANNE EBEL, «FEMINIST ASYLUM»

nen zu lassen». Dazu kommen Ent-scheide des Bundesgerichts und der Schweizerischen Asylrekurskommission (ARK), die in solchen Fällen einem Asylgesuch stattgegeben haben.

Doch das reicht nicht, sagt Marianne Ebel. Sie koordiniert die «Feminist Asylum»-Kampagne in der Schweiz. Und sagt: «Wir beobachten, dass viele Frauen in Angst leben und dass ihnen – trotz all des Schreckens,

den sie erlebt haben – selten Asyl ge-währt wird.» Statt die rechtliche Lage der Betroffenen zu verbessern, hat die Schweiz die Situation durch Asylverschärfungen in den letzten Jahren sogar noch verschlimmert. Etwa durch die Abschaffung des Bot-schaftsasyls. Ebel erklärt: «Seit die Menschen nicht mehr die Möglich-keit haben, auf der Schweizer Bot-schaft in ihrem Heimatland einen Asylantrag zu stellen, ist die Ausreise ins Exil für alle gefährlich gewor-den.» Vor allem für Frauen: «Sie werden geschlagen, misshandelt, vergewaltigt, manchmal sogar wo-chenlang entführt.»

DIE SCHWEIZ MUSS HANDELN

So wie die junge Äthiopierin, die Ebel jüngst betreute. Ebel: «Sie wurde nachts auf einer Polizeiwache

vergewaltigt. Ihrer Familie konnte sie es nicht sagen, sie schämte sich.» Also beschloss die Frau, zu fliehen. Doch: «Vor ihrer Ankunft in der Schweiz wurde sie in Frankreich drei Wochen lang von einem der Men-schenhändler gefangen gehalten. Sie wurde geschlagen, vergewaltigt und bekam kaum zu essen.»

Das Asylgesuch dieser Frau ist noch immer hängig. Obwohl die Schweiz die sogenannte Istanbul-Konvention unterschrieben hat, die geschlechtsspezifische Gewalt gegen Frauen als eine Form der Verfolgung anerkennt. Für Ebel und ihre Mit-streiterinnen ist deshalb klar: Die Schweiz muss die Istanbul-Konvention endlich umsetzen! Und alle anderen europäischen Länder auch. Wie es die «Feminist Asylum»-Peti-tion fordert.

Feminist Asylum: Für mehr Schutz

Geschlechtsspezifische Gewalt und sexuelle Orientierung müssen endlich als Fluchtgründe anerkannt werden: Das fordert das europaweite Netzwerk «Feminist Asylum» mit einer Petition. Getragen wird es von über 260 Nichtregierungsorgani-sationen aus 16 Ländern. Dazu gehört auch die Unia.

JETZT UNTERSCHREIBEN! Die Peti-tion soll Druck aufbauen: auf die Europäische Kommission, das Europäische Parlament und auf die Regierungen der einzelnen Staaten. Unter anderem auch die Schweiz. Mehr als 12000 Un-terschriften sind bereits gesam-melt worden, doch es braucht noch mehr. Jetzt unterschreiben: feministasylum.org. (pdi)

Abstimmung vom 15. Mai über höhere Schweizer Beteiligung an EU-Grenzwache

Nein zu noch mehr Frontex-Millionen!

Am 15. Mai stimmen wir darüber ab, ob die Schweiz künftig fast 50 Millionen Franken pro Jahr mehr als bisher an die umstrittene EU-Grenzwache Frontex zahlen soll.

CLEMENS STUDER

An den Aussengrenzen der EU (beziehungsweise des Schengen-Raums) sind Gewalt, Elend und Tod Alltag. Menschen auf der Flucht werden entrechtet, geprügelt und abgeschoben. Das Mittelmeer ist in den letzten Jahren aufgrund der verantwortungslo-sen Politik der «Festung Europa» zu einem Friedhof geworden. Die EU-Grenzwache Frontex ist dafür mitverantwortlich.

Unzählige sogenannter Pushback-Aktionen sind doku-

mentiert. Zum Beispiel in Grie-chenland, wo Grenztruppen Flüchtlingsboote auf dem Meer stoppen, deren Motor zerstören und die Geflüchteten auf Flos-sen ihrem Schicksal – oft dem Tod – überlassen. Alles unter den Augen der Frontex. Oder im Mittelmeer vor Libyen, wo Frontex-Truppen daran beteil-igt sind, Flüchtlingsboote zu-rückzutreiben. Oder die Arbeit der Seenot-Retterinnen und -Retter behindern. Auch auf dem Balkan und in Osteuropa ist die Frontex aktiv, fördert il-legale Rückschiebungen und schaut bei Gewalt der lokalen Polizei oder rechter Milizen ge-gen die Menschen auf der Flucht weg. Die Schweiz profitiert als Schengen-Mitglied-staat von diesen unmenschli-



chen und illegalen Praktiken (siehe auch Kolumne von Jean Ziegler Seite 9).

STEHENDES HEER. Die Frontex wurde 2005 gegründet – mit einem Budget von 6 Millionen Euro. Seither ist dieses um 7000 (!) Prozent gestiegen und soll für den Zeitraum von 2021 bis 2027 ganze 11 Milliarden Euro betra-

gen. Personell soll die Einsatz-truppe bis 2027 zu einem ste-

Ein breites Bündnis hat das Referendum ergriffen.

henden Heer mit 10000 Grenzwächterinnen und -wäch-tern ausgebaut werden.

MEHR SCHUTZ. Die Schweiz be-teiligt sich seit 2009 finanziell und personell an der Frontex. Jetzt will das bürgerlich domi-nierte Parlament im Bundes-haus den Schweizer Beitrag an die EU-Grenzwache von heute 14 Millionen Franken auf jährlich 61 Millionen Franken vervief-fachen. Dagegen hat ein breites Bündnis das Referendum ergrif-

fen. Der Zürcher SP-Ständerat Daniel Jositsch bringt es so auf den Punkt: «Heute besteht die europäische Flüchtlingspolitik leider hauptsächlich in der Ab-wehr von Menschen auf der Flucht. Frontex setzt diese men-schenunwürdige Politik um. Mit unserem Referendum stel-len wir sicher, dass die Schweiz mehr Menschen Schutz bietet und wir so mithelfen, dass Fron-tex in Zukunft die Menschen-rechte achtet.»

Der erfreulich solidarische, grosszügige und unbürokrati-sche Umgang mit den geflüchte-ten Ukrainerinnen und Ukrai-nern sollte die Richtschnur für die Geflüchteten sein.

Hier gibt's Infos: frontex-referendum.ch

50 Jahre Münsterergass-Buchhandlung in Bern

Vom Raubdruck zum E-Book

Klein, aber fein versteckt sie sich in den unteren Berner Altstadtlauben: die Buchhandlung, die immer mehr war als alle anderen Buchhandlungen.

MARIE-JOSÉE KUHN

Es sind die nach-68er Jahre, Aufbruch und Revolte. Und es herrscht ein schier unstillbarer Lesehunger und -durst: Marx, Engels und das «Indische Tagebuch» von Allen Ginsberg. Die Schriften der RAF und Günter Amendts Buch über die «Profit- und Suchtökonomie des Drogenhandels» und nicht verpassen: das chinesische Comic «Mädchen aus der Volkskommune». All diese Neuerscheinungen preist die «Buchhandlung für Soziologie», die spätere Münsterergass-Buchhandlung, im Januar 1972 an. Auf einem Flugblatt! Es ist mit Schreibmaschine engzeilig getippt und per Schnapsmatrix vervielfältigt. Und es soll auf die baldige Ladenöffnung aufmerksam machen.

Am 16. März ist es dann so weit: der kleine Buchladen öffnet seine Türen. Und der gemeinsame Traum von Ueli Riklin und Irene Candinas geht in Erfüllung. Startkapital: 6000 Franken. Miete: 200 Franken im Monat.

HEHLEREI UND RAUBGUT

Riklin & Candinas haben beide das Buchhandel-Handwerk von der Pike auf gelernt. Beide sind sie langhaarig, links und sozial gestimmt. Auch Leute mit wenig Geld und kleinem Bildungsrucksack sollen Bücher kaufen und lesen können. Ihr Buchladen bietet deshalb auch Raub- und sozialisierte Drucke an. Das kommt nicht überall gut an in der bhäbigen Hauptstadt.

Entsetzt berichtet die «Neue Berner Zeitung» über dieses Angebot und fragt: «Was ist das, Raubdrucke?» Um dann wie folgt aufzuklären: «Sowohl in der DDR als auch in der Bundesrepublik werden von Gruppen der Ultra-Linken urhebergeschützte Werke entschädigungslos nachgedruckt und zu Spottpreisen verkauft!» Solche «Raubzüge» würden sich «kaum von der Hehlerei, d.h. von der Anpreisung gestohlener Ware», unterscheiden. Weshalb der Buchhändler- und Verlegerverein doch bitte einschreiten möge, um diese «skrupellosen» Leute, die «sowjetische Urheberrechtsbegriffe importierten», genauer unter die Lupe zu nehmen.

KULT UND FRAUENZEICHEN

Die Geschichten des Münsterergass-Buchladens und seines Sortiments lesen sich wie die Weltgeschichte im Spiegel linker Wahrnehmung und Rezeption. Das zeigt die spannende und sehr schön gestaltete Festschrift, die der Historiker Tobias Kästli zum 50-Jahre-Jubiläum des Ladens verfasst hat. Mehr noch: Die bewegte Geschichte des Münsterergass-Buchladens ist gleichzeitig auch die Geschichte des Buchhandels, linker Grafik und des technologischen Wandels.

Irland und Imperialismus, Chile und Allende, Revolution in China, die Tupamaros in Uruguay, der amerikanische Rüstungswahn, Nelkenrevolution in Portugal, Geschichte der schweizerischen Arbeiterbewegung, Brecht, Bloch und Bührle. Linke Stationen zwischen zwei Buchdeckeln. Mani Matter und Sergius Golowin gehen im Laden ein und aus. Die «Buchhandlung für Soziologie» wird trotz ihres engen und sperrigen Namens zum hippen Treffpunkt von Intellektuellen, Künstlerinnen und auführerischen Uni-Professoren. Und ihr Logo, die vielen Plakate, Tragtaschen und Postkarten werden Kult. Doch eines Tages hat Irene Candinas definitiv genug.

Einfach alles zu «männerlastig!» findet sie: Das Sortiment des Ladens, aber auch die Arbeitsverteilung zwischen ihr und ihrem Ueli. Und als an der Münsterergasse 41 im ersten Stock eine Woh-



WO BÜCHER BLÜHN: Schaufensterauslage der Münsterergass-Buchhandlung. FOTO: ZVG



GRÜNDER-PAAR: Ueli Riklin und Irene Candinas, ungefähr 1972. FOTO: ZVG

nung frei wird, schlägt sie zu. Der Frauenbuchladen ist geboren. «Bücher von Frauen über Frauen, Zeitschriften, Posters und Schallplatten», schreit das erste Werbeplakat in lila Schrift mit zwei Frauenzeichen. Und plötzlich hat auch die neue Frauenbewegung ihren Ort.

Einheitslohn und Mauerfall

Klar, dass auch die Selbstverwaltungs-Bewegung nicht vor den Türen der Münsterergass-Buchhandlung Halt macht. Riklin versucht das Prinzip der Lohngleichheit für alle und der Abschaffung jeglicher Hierarchie zu realisieren. Und zwar innerhalb der Rechtsform einer Aktiengesellschaft. Solange die Zahl der Mitarbeitenden klein bleibt, funktioniert das einigermaßen gut, «wobei immer alle wussten, wer der eigentliche Chef war». So beschreibt es Festschrift-Autor Kästli.

Doch bereits 1997 arbeiten neben Ulrich Riklin 10 weitere Personen im Laden. Es wird unübersichtlicher. Aber nicht nur das. Inzwischen hat sich auch die Welt völlig verändert.

Die Mauer ist weg, die Sowjetunion implodiert, der Kalte Krieg neigt sich seinem Ende zu. Entsprechend ändert sich auch das Sortiment. Im Brennpunkt stehen jetzt etwa die Diamant-Feier und die Nazigold-Debatten in der Schweiz. Der Golfkrieg und der Krieg auf dem Balkan. Max Frisch und Freddie Mercury sind tot: Es leben die Bücher und kulturpolitischen Essays über sie.

ROTE ZAHLEN UND CORONA

Alles dreht sich jetzt immer schneller. Die grosse Umstrukturierung des Berner Buchhandels erfolgt 1995, als Jäggi seine Grossbuchhandlung im Warenhaus Loeb eröffnet. Konzentration und Kannibalismus. Riklin notiert: «Es zählt nur noch die Ge-

winnspanne.» Dann fällt auch noch die Buchpreisbindung.

Zum ökonomischen Druck hinzu kommt jener des technologischen Wandels: 1992 bestellt der Laden das erste Faxgerät. 1994 die Bestellsoftware ULUR. Es folgen Internet und E-Book. Der linke Buchladen erfindet sich neu. Wieder und wieder, passt sich an, rudert, rennt und rechnet. Belletristik ist nun mehr und mehr im Kurs bei der Kundenschaft: Beat Sterchi, Katharina Zimmermann, Jürg Halter oder Christoph Simon. Und Poesie, Krimis und Bücher zur Kochkultur.

Dennoch: 2006 rutscht die Münsterergass-Buchhandlung in die roten Zahlen. Und noch im gleichen Jahr verkaufen Riklin und Candinas beide Läden. Auch weil Ueli Riklin die schwere Diagnose «Parkinson» erhält.

Der Frauenbuchladen geht an die Buchhandlung Weyermann. Die Münsterergass-Buchhandlung an drei erfahrene und begeisterte Buchhändlerinnen. Sie bauen das Onlineangebot aus und behaupten sich trotz Amazon & Co.

Zwischen 2015 und 2019 erfährt der bewegte Laden erneut einen Handwechsel. Susanne Bühler und Monika Steiner übernehmen – und dann kommt Corona. Schon wieder Existenzangst! Doch wie ein Wunder: die beiden neuen Besitzerinnen schaffen es! Alle im zehnköpfigen Team sind noch da. Auch die Reinigungsperson und der Velokurier.



Tobias Kästli: **Jedes Buch ist ein Versprechen.** 50 Jahre Münsterergass-Buchhandlung. Sinwel, 120 Seiten, CHF 20.–.

Café Mokka in Thun
Comeback von Kulturlegende

Das unvergessene Thuner Stadtoriginal MC Anliker († 2016) kehrt in sein Café Mokka zurück! Und zwar durch eine literarisch-musikalische Hommage von Sängerin Evelinn Trouble. Auch die Schriftstellerin Aline Valangin († 1986) lässt der Thuner Kulturtempel auferstehen. Valangins Haus im Tessiner Onsernone-Tal war ein Refugium für vor dem italienischen und dem deutschen Faschismus Geflüchtete. Nun lässt die Historikerin Caroline Arni Valangins feministische Literatur aufleben. Die Beiträge von Trouble und Arni sind in gedruckter Form Teil des Grossunterfangens «Projekt Schweiz». Das gewichtige Buch enthält 44 Portraits von fortschrittlichen Schweizer Persönlichkeiten. Von der Literatur über die Politik bis zu den Wissenschaften. Vom 18. bis ins 21. Jahrhundert. Geschrieben von 44 Autorinnen und Autoren. Leidenschaftlich und mit Blick auf die Gegenwart.



20. April, 20 Uhr, Café Mokka, Allmendstrasse 14, Thun, Eintritt: CHF 25.–. Stefan Howald (Hg.): **Projekt Schweiz. Vierundvierzig Porträts aus Leidenschaft.** Unionsverlag Zürich 2021, 496 Seiten, CHF 44.–.

Organizing-Workshop Kämpfen und gewinnen

Arrogante Chefs, miese Löhne oder sinnlose Arbeitsabläufe – ein Glückspilz, wer das nicht kennt. Denn in kaum einem Betrieb läuft alles sauber. Viele machen dazu die Faust im Sack – verständlich, aber unnützlich. Was Fortschritte ermöglicht, ist die Macht des Kollektivs. Wie aber wird aus einzelnen Mitarbeitenden ein geeintes Team? Womit sollten Aktive ihre Kampagne beginnen? Und vor allem mit wem? All das lässt sich lernen. Die nächste Gelegenheit dazu bietet sich Interessierten schon im Mai. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung wiederholt ihren beliebten Onlinekurs mit der US-Gewerkschaftsaktivistin Jane McAlevey, einer lebenden Legende des Organizing.

Online-Workshop vom 10. Mai bis 14. Juni (jeweils dienstags), kostenlos, in 8 Sprachen, für Gruppen ab 10 Personen, anmelden bis zum 3. Mai unter: rosalux.de/o4p.

Tschetschenien-Doku Kadyrow, der Schreckliche

Ramsan Kadyrow (46) herrscht seit 2007 über die russische Teilrepublik Tschetschenien. Auf den Präsidentenposten kam der Sohn eines ehemaligen islamischen Separatistenführers auf Empfehlung Wladimir Putins. Dieser hatte die tschetschenische Hauptstadt Grosny zuvor mit Flächenbombardements dem Erdboden gleichgemacht. Doch seit der Multimillionär Kadyrow die Regierungsgewalt innehat, vollstreckt er jeden Befehl des Kremels. Er selbst bezeichnet sich als «Fusssoldaten Putins». Seine Elitetruppen, die «Kadyrowzky», sind für Folter, Entführungen und politische Morde bekannt – und kämpfen seit 2014 in der Ukraine. Höchste Zeit, ihren Befehlshaber genauer unter die Lupe zu nehmen. Das umfassendste und zugleich seriöseste Portrait stammt vom deutsch-französischen Sender Arte.

Arte-Doku **Kadyrow, der Schreckliche**, Frankreich 2018, 55 Minuten, online unter: rebrand.ly/kadyrow



Das offene Ohr
Federica Colella von der Unia-Rechtsabteilung beantwortet Fragen aus der Arbeitswelt.

Probezeit I: Habe ich Anrecht auf einen B-Ausweis?

Ich bin Angehöriger eines EU-Mitgliedstaats und habe einen unbefristeten Arbeitsvertrag. Die zuständige Behörde hat mir eine Kurzaufenthaltsbewilligung (Ausweis L EU/EFTA) mit der Begründung erteilt, dass ich mich noch in der Probezeit befinde. Muss ich das Ende meiner Probezeit abwarten, bevor ich die Aufenthaltsbewilligung (Ausweis B EU/EFTA) verlangen kann?

FEDERICA COLELLA: Nein. Das Abkommen über die Freizügigkeit (FZA) zwischen der Schweiz und der EU und ihren Mitgliedstaaten garantiert Angehörigen eines Vertragsstaates unter bestimmten Bedingungen ein Aufenthaltsrecht. Ein solches Recht wird insbesondere Arbeitnehmenden garantiert. Arbeitnehmende, die unbefristet oder für einen befristeten Zeitraum von mehr als einem Jahr eingestellt wurden, haben Anspruch auf eine Aufenthaltserlaubnis mit einer Gültigkeitsdauer von mindestens fünf Jahren. In der Schweiz ist dies der Ausweis B EU/EFTA. Die Kurzaufenthaltsbewilligung (Ausweis L EU/EFTA) wird Arbeitnehmenden erteilt, die für einen befristeten Zeitraum von mehr als drei



B-AUSWEIS: Das Ende der Probezeit ist keine Voraussetzung für das Aufenthaltsrecht. FOTO: KEYSTONE

Monaten, aber weniger als einem Jahr angestellt wurden. Die Unterzeichnerstaaten dürfen die im FZA vereinbarten Bedingungen für das Aufenthaltsrecht nicht von zusätzlichen Bedingungen abhängig machen. Deshalb haben Sie Anrecht auf einen B EU/EFTA-Ausweis. Das Ende der Probezeit ist nämlich keine Voraussetzung für das Aufenthaltsrecht nach dem FZA.

Probezeit II: Verlängert sie sich durch Krankheit?

Während der Probezeit war ich einige Tage lang krank. Hat dies Einfluss auf die Berechnung der Probezeit?

FEDERICA COLELLA: Ja. Wird während der Probezeit die Arbeit durch eine Krankheit oder einen Unfall oder durch die Erfüllung einer gesetzlichen Pflicht (z. B. Militärdienst) unterbrochen, wird die Probezeit entsprechend verlängert. Konkret bedeutet dies, dass die Probezeit um die Anzahl der Arbeitstage verlängert wird, die aufgrund der Arbeitsunfähigkeit vollständig weggefallen sind. Grundsätzlich dürfen die Parteien eine Probezeit von maximal drei Monaten vereinbaren. Falls jedoch eine Verlängerung der Probezeit aufgrund von Arbeitsunfähigkeit eintritt, dürfen diese drei Monate überschritten werden. Der Zweck der Probezeit besteht nämlich darin, beiden Parteien die Möglichkeit zu geben, die Qualität ihrer Zusammenarbeit zu testen. Dieser Zweck kann nicht erreicht werden, solange die Arbeitnehmenden arbeitsunfähig sind. Die Frage, wann die Probezeit geendet hat, hat rechtliche Auswirkungen. Solange die Probezeit läuft, ist die Kündigungsfrist in der Regel kürzer. Zudem gilt der Schutz vor Kündigung bei Krankheit, Unfall oder Schwangerschaft (Kündigung zur Unzeit) erst, wenn die Probezeit beendet ist.

Die Warteliste für Organspenden ist lang – zu lang. Die Abstimmung vom 15. Mai soll das ändern.

Ich schänke dir mis Härz, meh han i nid*

Mit der Änderung des Transplantationsgesetzes soll die Schweiz von der Zustimmungslösung zur Widerspruchslösung wechseln. Was heisst das jetzt genau? Und soll ich selber meine Organe spenden, wenn ich sterbe?

MARTIN JAKOB

Was war das noch für eine Sensation, als dem südafrikanischen Herzchirurgen Christiaan Barnard 1967 die erste Transplantation eines menschlichen Herzens gelang! Über fünfzig Jahre später sind Übertragungen von Organen normal geworden. Und auch die Erfolgsquote ist mittlerweile hoch. Christiaan Barnards Patient überlebte den Eingriff gerade mal um 18 Tage. Heute liegt die 10-Jahre-Überlebensrate von Herztransplantierten bei 75 Prozent. Und eine transplantierte Niere funktioniert im Mittel knapp 20 Jahre (Daten von Swisstransplant). Über 450 Organtransplantationen werden in der Schweiz jährlich durchgeführt, am häufigsten von Niere und Leber, weniger oft von Herzen, Lungen und Bauchspeicheldrüsen.

Trotzdem hat die Schweiz ein Problem: es werden zu wenige Organe gespendet. Auf der Warteliste stehen über 1400 Menschen. Sie warten oft mehr als ein Jahr, manche bis zu sieben Jahre auf ein Organ. Pro Woche sterben ein bis zwei Menschen, während sie auf ein Organ warten. Warum dieser Mangel, wo doch in Umfragen 80 Prozent der Bevölkerung einer Organspende grundsätzlich zustimmen?

HÄUFIG EIN FAMILIEN-NEIN

Die Schweizer Gesetzgebung ist derzeit sehr restriktiv. Organe dürfen nach dem Hirn- oder Herztod eines Menschen nur entnommen werden, wenn er oder sie zu Lebzeiten die ausdrückliche Zustimmung dazu gegeben hat. Zum Beispiel durch den Eintrag im Nationalen Organspenderegister (siehe Text rechts), mit einer Organspende-Karte oder mit einer Patientenverfügung. Nur 2 Prozent der Bevölkerung haben sich in das Register eingetragen, und

* Titelzeile eines Songs von Züri West

nur 16 Prozent haben eine Organspende-Karte. Findet man beim Verstorbenen kein Dokument zur Organspende, müssen die Angehörigen entscheiden und dabei den vermuteten Willen der verstorbenen Person berücksichtigen. Man spricht von der erweiterten Zustimmungslösung. 60 Prozent al-

Über 1400 Menschen warten auf ein Organ – oft jahrelang.

ler Angehörigenentscheide fallen ablehnend aus – der Unterschied zum obigen Umfrageresultat, wonach 80 Prozent der Bevölkerung positiv zur Organspende eingestellt seien, ist offensichtlich.

In vielen anderen Länder gilt dagegen die Widerspruchslösung. Das bedeutet: Wer nicht zu Lebzeiten seine ablehnende Haltung dokumentiert hat, gilt grundsätzlich als Organspenderin oder -spender. Wobei in den meisten Ländern mit Widerspruchslösung dennoch die Angehörigen konsultiert werden, wenn von der verstorbenen Person keine Willensäusserungen bekannt sind. In Frankreich zum Beispiel. Dort fallen aber nur 20 Prozent aller Angehörigenentscheide negativ aus. Anders gesagt: Statt bei 40 Prozent liegt die Zustimmungsrate bei 80 Prozent und damit doppelt so hoch wie in der Schweiz. Franz Immer, Herzchirurg und Direktor von Swisstransplant, sagt: «Generell sind die Spenderzahlen in den westeuropäischen Ländern mit Widerspruchslösung zwei- bis dreimal höher als in der Schweiz oder in Deutschland, das ebenfalls die erweiterte Zustimmungslösung kennt.»

ANGEHÖRIGE BLEIBEN WICHTIG

Deshalb soll nun auch im Schweizer Transplantationsgesetz die Widerspruchslösung eingeführt werden: Wer keine Organe spenden will, kann dies in einem neu zu



HERZENSSACHE: In der Schweiz wurden 2021 insgesamt 484 Organe transplantiert, darunter 33 Herzen. FOTO: STOCKSY.COM

WORKTIPP

EINFACH BLUT SPENDEN

Bei gewissen Organen (Niere, Teil der Leber) sind sogar Lebendspenden möglich (110 Transplantationen pro Jahr). Die einfachste Lebendspende ist aber die Blutspende: Fast alle Erwachsenen kommen dafür in Frage. In über 60 Schweizer Ortschaften bestehen Blutspendezentren des Schweizerischen Roten Kreuzes. Zusätzlich führen mobile Equipen in Zusammenarbeit mit den Samaritervereinen regelmässig Blutspendeaktionen in vielen weiteren Ortschaften durch. **blutspende.ch**

schaffenden Register festhalten – oder aber seine Zustimmung geben. Fehlt ein Eintrag für oder gegen eine Organspende und ist der Wille der verstorbenen Person nicht anderweitig dokumentiert, müssen nach wie vor die Angehörigen angefragt werden. Diese können weiterhin der Organentnahme widersprechen, wenn sie Grund zur Annahme haben, dies entspreche dem mutmasslichen Willen der verstorbenen Person. Und falls keine nächsten Angehörigen erreichbar sind, bleibt die Organentnahme unzulässig. Trotz

diesen Einschränkungen ist Swisstransplant-Direktor Franz Immer überzeugt, dass die Zahl verfügbarer Spenderorgane mit der Gesetzesänderung steigen wird: «Die Angehörigen werden neu öfter Ja sagen können, weil sie keine Angst mehr haben, nicht im Sinn der verstorbenen Person zu entscheiden und einen Fehler zu begehen.»

WILL ICH SPENDEN?

Vieles spricht dafür, dass das Schweizer Volk der Gesetzesänderung am 15. Mai zustimmen wird – laut der SRF-Umfrage vom 1. April beträgt die Zustimmungsrate 63

Prozent. Nach einem Ja haben Sie einen Grund mehr, für sich selbst einen Entscheid zu fällen: «Will ich meine Organe spenden?» Und dann kommt bestimmt die Anschlussfrage: «Wie geht das denn?» Erstens: Zu einer Organspende kann es nur bei Patientinnen und Patienten kommen, die auf der Intensivstation liegen und weder an einem aktiven Tumor, an der Creutzfeldt-Jakob-Krankheit, an Tollwut noch an einer schweren Blutvergiftung leiden. Zweitens: Der Hirn- oder Herztod muss eingetreten sein und durch zwei unabhängige Ärztinnen oder Ärzte bestätigt werden, die nicht an ei-

ner Organentnahme oder an der Transplantation mitwirken. Und drittens: Das Organspenderegister darf erst konsultiert werden, nachdem entschieden worden ist, die lebenserhaltenden Massnahmen

Ohne klares Ja oder Nein redet weiterhin die Familie mit.

abzubrechen. Es gibt also keinen Grund, sich zu ängstigen: Man wird auch dann, wenn Sie einer Organspende zugestimmt haben, zunächst alles tun, um Ihr Leben zu retten!

ORGANSPENDE

KARTE STATT DATENBANK

Wer seine Bereitschaft bekunden wollte, im Todesfall Organe zu spenden, konnte dies bisher mit einer Spende-karte tun oder sich ins digitale Organspende-Register von Swisstransplant eintragen. Im Januar wies ein Team von SRF schwere Sicherheitsmängel dieses Registers nach: Man konnte Drittpersonen ohne ihr Wissen als potentielle Organspenderin oder -spender eintragen. Zwar betont Swisstransplant, die bestehenden Einträge seien absolut sicher. Wer einen Eintrag hat, kann diesen nach wie vor einsehen und löschen. Neueinträge und Mutationen sind aber bis auf weiteres nicht möglich. Kommt die Gesetzesänderung zustande, ist der Bund verpflichtet, ein neues Register zu schaffen.

PER KARTE. Bis diese Nachfolgelösung bereitsteht, dokumentieren Sie Ihren Willen zur Organspende in der



Patientenverfügung oder mit der Organspendekarte. Sie können die Karte online ausfüllen und zu Hause drucken oder eine gedruckte Karte bestellen und handschriftlich ausfüllen. Auf der Karte halten Sie fest, ob Ihre Organe im Todesfall entnommen werden dürfen oder nicht. Falls ja, können Sie Ihre Zustimmung auch auf bestimmte Organe beschränken. Tragen Sie die Karte auf sich und teilen Sie Ihren engsten Angehörigen mit, wie Sie sich entscheiden haben. Zu bestellen hier: **leben-ist-teilen.ch**. (jk)



MASKE AUF, MASKE AB: Das Maskentragen darf nur noch zur Pflicht erklärt werden, wenn es dem Schutz besonders Gefährdeter dient. Wer möchte, darf sie aber freiwillig tragen. FOTO: KEYSTONE

Die Pandemie gilt als beendet: Was sich damit beim Testen und am Arbeitsplatz ändert. Positiv getestet – und trotzdem zur Arbeit?

Keine besondere Lage mehr, keine Quarantäne, keine Isolationspflicht. Aber immer noch gibt's Corona. work klärt die wichtigsten Fragen für Mitarbeitende.

MARTIN JAKOB

Ich habe seit zwei, drei Tagen Symptome. Soll ich mich nach wie vor testen lassen? Tun Sie das, ja. Bei negativem Ausgang freut Sie das Ergebnis. Und im anderen Fall wissen Sie, dass Sie besonders gegenüber Menschen, mit denen Sie häufig nah beisammen sind, Abstands- und Hygieneregeln strikte einhalten sollten – bei der Arbeit und zu Hause.

Muss ich den Test selber bezahlen?

Der Bund übernimmt die Kosten von Antigen-Schnelltests weiterhin für alle Personen. Für Personen, die sich aufgrund von Symptomen testen lassen, bezahlt er auch die Einzel-PCR-Tests (nicht aber Tests, die Sie für ein Covid-Zertifikat machen). Die Selbsttests, die sowieso nur bei einer hohen Virenlast ausreichend zuverlässig sind, müssen Sie selbst bezahlen.

Ich wurde positiv getestet, habe aber nur leichte Symptome. Kann ich vorsichtshalber zu Hause bleiben?

Nein. Nach dem Wegfall der Isolationspflicht gilt wieder der Grundsatz, dass Sie nur der Arbeit fernbleiben dürfen, wenn die Symptome Sie so krank machen, dass Sie arbeitsunfähig sind. Ihre Firma kann

allerdings entscheiden, dass positiv getestete Personen nicht am Arbeitsplatz erscheinen dürfen. Dann muss Sie Ihnen entweder eine Homeoffice-Arbeit zuweisen können, wozu es aber Ihr Einverständnis oder eine bestehende arbeitsvertragliche Grundlage braucht. Oder sie muss Ihnen, auch wenn Sie nicht arbeiten dürfen, den Lohn für die Ausfallzeit normal bezahlen.

Muss ich der Firma ein positives Testresultat mitteilen?

Nein. Ausser, die Firma kann gute Gründe dafür geltend machen – vor allem, dass es besonders gefährdete Personen zu schützen gelte (zum Beispiel, wenn Sie in einem Spital arbeiten und mit vulnerablen Personen Kontakt haben).

Muss ich, wenn der PCR-Test positiv ausgefallen ist und ich mich zu krank zum Arbeiten fühle, ein Arztzeugnis vorlegen, oder reicht das Mitteilen des Testresultats? Sie brauchen ein Arztzeugnis. Nach wie vielen Tagen Sie es einreichen müssen, hängt von den Regeln in Ihrer Firma ab. Behörden und Sozialpartner empfehlen den Firmen, Kulanz walten zu lassen und ein Arztzeugnis frühestens nach fünf Tagen einzufordern. Damit werden die Arztpraxen entlastet. Und: Dauern die Symptome nach fünf Tagen noch an, ist ein Arztbesuch sowieso angezeigt.

Ich möchte am Arbeitsplatz weiterhin eine Maske tragen. Kann mir die Firma das verbieten?

Nein – auch nicht, wenn Sie Kontakt mit Kundinnen und Kunden haben. Ausnahme: Die Firma kann belegen, dass andere Belange der Arbeitssicherheit durchs Maskentragen gefährdet wären.

Während der Pandemie hat unser Betrieb die angeordneten Schutzmassnahmen umgesetzt. Kann die Firma jetzt ohne weiteres zum früheren Zustand zurückkehren?

Nein, die Firmen bleiben in der Pflicht, ihre Mitarbeitenden bestmöglich gegen eine Ansteckung zu schützen. Etwa durch Vermeidung von überfüllten Räumen, durch genügendes Lüften, Ermöglichen von Handhygiene. Das Risiko einer Ansteckung durch das Coronavirus ist nach wie vor hoch!

WO TESTEN?

KANTONSSACHE

Die Organisation von ausreichend vielen Testmöglichkeiten und die Zulassung von Testcentern war schon während der ausserordentlichen Pandemiephase Sache der Kantone. Diese Aufgabe haben sie nach wie vor. Für den Überblick, wer wo welche Tests anbietet, schauen Sie deshalb auf der Internetseite des Kantons nach. Sie können sich – zum Beispiel, wenn Sie pendeln oder in den Ferien sind – in jedem beliebigen Kanton testen lassen.

Sammel-Seite des Bundes mit allen Kantons-Links: **rebrand.ly/testlisten**

Reka-Spezialangebote für Familienferien 1 Woche, 200 Franken

Reka offeriert Familien mit knappem Budget eine Ferienwoche zum Tiefpreis. Ebenso attraktiv: die Arrangements für Alleinerziehende.

Jedes Jahr ermöglicht die Reka-Stiftung Ferienhilfe 1000 Familien mit geringem Einkommen eine Woche Ferien. Dies in einer Schweizer Ferienwohnung oder Jugendherberge zum Pauschalpreis von nur 200 Franken. In diesem Betrag ist sogar die Hin- und Rückreise mit dem ÖV bereits inbegriffen.

Anmelden können Sie sich, falls Sie mindestens ein Kind unter 16 Jahren haben, den Schweizer Pass oder den C-Ausweis und ein Einkommen von maximal 60'000 (Zweielternfamilie) oder 50'000 (Ferienfamilie). Das Kon-

tingent von 1000 Ferienwochen ist für 2022 noch nicht aufgebraucht, melden Sie sich aber rasch an – und mindestens drei Wochen vor dem gewünschten Reisertermin. Alle Infos finden Sie hier: **reka-ferienhilfe.ch**.

MAMA PLUS. Für alleinerziehende Eltern gestaltet Reka ausserdem Spezialwochen in ausgewählten Reka-Ferriendörfern: das «Mama-Plus-Programm» für Mütter mit Kindern von 3 bis 12 Jahren und die «Väter-Kinder-Wochen» für Väter mit Kindern bis 18 Jahre. Auch diese Angebote sind für Familien mit geringen Einkommen durch die Stiftung Ferienhilfe verbilligt.

Und falls Sie einfach so Reka-Ferien buchen möchten, wissen Sie ja: Als Unia-Mitglied haben Sie auf jeden Fall 10 Prozent Rabatt! (jk)

saldotipp im work

Dieser Text stammt aus der Zeitschrift für Konsumentenschutz «Saldó».



SAG'S DER CLOUD: Notizen-Apps speichern Texte und je nachdem auch angehängte Bilder in der Cloud – so sind sie vom Computer wie vom Handy her zugänglich. ILLU: GETTY

Notizen teilen mit Joplin

Am Computer einen Gedanken festhalten und diesen auch auf dem Handy lesen können. Oder eine Terminerinnerung in den PC eingeben und die Meldung zur richtigen Zeit auf dem Handy erhalten: Spezielle Notizen-Apps machen das möglich. Sie sind darauf ausgelegt, dass man möglichst unkompliziert Texte erstellen kann.

Mit den aufwendigeren Versionen solcher Apps lassen sich auch Dokumente, Fotos und andere Dateien an die Notizen anhängen. Zudem kann man die Notizen oft mit anderen austauschen.

Die Verbindung zwischen Computern und Handys klappt, weil die Notizen in Clouds gespeichert werden. Von den jeweiligen Notizen-Apps aus kann man auf diese Cloud-Server zugreifen. Wichtig ist daher, dass die Daten so weit wie möglich vor fremden Blicken geschützt sind.

Die Gedanken sind frei. Aber nur mit Joplin bleiben sie auch geheim.

VERSCHLÜSSELUNG. Die bekanntesten Notizen-Apps sind «Evernote», «OneNote» und «Notizen» von Apple. Bei allen dreien hapert es am Datenschutz. Die Notizen sind höchstens teilweise verschlüsselt auf den Servern der Hersteller gespeichert. Besser macht es Joplin: Die Notizen werden bereits auf dem Computer oder Handy verschlüsselt. Ausser dem Verfasser hat niemand Zugriff auf den Inhalt. Zudem ist Joplin eine Open-Source-Software, das heisst, der Programmcode ist für alle einsehbar. Daher können die Hersteller nicht heimlich Spionagefunktionen einbauen.

Den Textnotizen können Sie bei Joplin auch Fotos oder Dokumente hinzufügen oder Termine mit Erinnerungsfunktion erstellen. Die verschlüsselten Notizen lassen sich auf Servern von Nextcloud, Dropbox oder OneDrive speichern. Alternativ können Sie bei Joplin Speicherplatz für 2 Franken pro Monat mieten. MARC MAIR-NOACK



K-Tipp.
Wir testen für Sie.
Wer abonniert, profitiert.

LÖSUNG, GEWINNERINNEN UND GEWINNER AUS NR. 6
Das Lösungswort lautet: **SOLIDARITÄT**



DEN PREIS, 3 Coop-Gutscheine à je Fr. 100.-,
haben gewonnen: **Andreas Kölliker, Langenthal BE;**
Nelly Kreis-Gleis, Unterseen BE; **Annamarie Winkler,**
Wattenwil BE. Herzlichen Glückwunsch!

zustimmende Antwort			Männerkurzname	ein-stellige Zahl	Heimatstadt v. Jeanne d'Arc			verneinendes Wort	Compu-ter-neustart	männl. Fürwort	knab-bern		eh. schweiz. Curlerin (Mirjam)		altes Wort f. jenseits	ugs.: jmd. aus der Provinz	verwe-sender Tier-körper	Autokz. Kanton Uri
					ital. Tonbez. für das D			Gegen AHV...										
schweiz. Maler u. Bild-hauer ↑	schweiz. Filmre-gisseur ↑		Persön-lichkeits-bild		Schrift-steller			7					Ge-bäude-flügel		Wappen-tier, Greif-vogel			
mehr denn je gewünscht								Körper-teil, Ab-domen		höchst-begabter Mensch		Jugend-liche (engl.)						histor. Städt-chen am Rhein
				1	negat. elektr. Teilchen		gefragt								Hühner-vogel		Comedy-star (Anke)	
spannen-der Film (Kw.)	Kurz-mitteilun-gen (Kw.)		emp-fehlen									Chrono-meter Mz.	engl. Längen-mass Mz.					
extra, speziell							zurück-haltend, ängst-lich		Back-treibmit-tel Mz.		Staat in Ost-europa							
					Film von Doris Dörrie (1985)		Arbeits-zeit-spanne				2			seitlich		scherzh.: US-Soldat		3
in Abwesenheit von	Gummi zur Verhütung		islam. Gotteshaus								Pro-phetin im AT		grosses Tuch					
heiliges Buch des Islams							rundes Sport-spiel-gerät		frz.: Genfersee: Le ...		Fakul-tätsvor-steher					mobile Ver-kaufs-stelle		inlie-gend, dazu
					dt.-frz. TV-Sender		gebildet						gehbe-hindert, unbe-weglich		jamaik. Tanz-musik			
alt. Compu-terbetriebs-system	das Haus ver-grössern									Compu-ter-taste		an-führen, führen						6
Pflanzen-stachel					Identitätskarte (Kw.)		kurzer engl. Gruss		andere Bez. für den Gott Thor						Keim-zelle		Platten-aufleger (Kw.)	
Bundesrätin (Viola)	Mit-gesell-schafter												Greif-organe					
							Präpo-sition		Schaf-gigot aus dem Wallis									

1	2	3	4	5	6	7	8	9
---	---	---	---	---	---	---	---	---

Lösungswort einsenden an: **work,**
Postfach, 3000 Bern 16, oder per
E-Mail: verlag@workzeitung.ch
Einsendeschluss 22. April 2022

INSERAT

Gastgewerbe-Manifest: Jetzt unterstützen!

Beschäftigte des Gastgewerbes aus der ganzen Schweiz haben das Manifest «Wir wollen in Würde leben!» lanciert. Sie fordern Verbesserungen bei den Löhnen und Arbeitsbedingungen. Unterstütze dieses Anliegen mit deiner Unterschrift!

Das sind die 11 Forderungen des Manifests:

Verbesserung der Löhne und Erhöhung der Mindestlöhne

Berücksichtigung der Berufserfahrung

Ein Ende der Arbeit auf Abruf

Arbeitsplanung 3 Wochen im Voraus

Bezahlung aller geplanten Stunden

Recht auf Nicht-Erreichbarkeit

Bezahlung der Umkleidezeit

Bereitstellung der Arbeitsgeräte, inkl. Schutzmaterial

Transparente und gerechte Verteilung der Trinkgelder

Ausbildung der Chefs und Massnahmen gegen Belästigung

Mehr Kontrollen zur Einhaltung der Arbeitsbedingungen



Jetzt online unterschreiben!

WORKLESERFOTO



Schlangen-Idylle

WANN März 2022

WO Carona TI

WAS Hermesbrunnen der Künstlerin Meret Oppenheim auf der Piazza Montàa, im Hintergrund links die Casa Costanza («Papageienhaus»), wo Oppenheim viele Jahre wohnte.

Eingesandt von Robert Stritmatter, Riehen BS

Gewinnen Sie 100 Franken!

Senden Sie uns Ihr Lieblingsfoto: Wenn es abgedruckt wird, gewinnen Sie 100 Franken! Schreiben Sie uns, was es zeigt und wo, wann und wie es entstanden ist. Bitte vergessen Sie nicht, Ihre vollständige Adresse anzugeben.

Senden an redaktion@workzeitung.ch, Betreff «Leserfoto»

INSERAT

CARITAS Schweizerische Eidgenossenschaft



Jetzt mit TWINT spenden!

Das Richtige tun

WORKPOST

Jetzt packen die Luzerner Spitex-Mitarbeiterinnen aus:

«Die Chefinnen haben uns schikaniert»



ERKUNDE: (v. l.) Martina Suter, Silvia Belliger, Tiziana Schmidt sind 3 der 30 Pflegerinnen, die die Luzerner Spitex MBS in den letzten zwei Jahren verlassen haben. In einem Bericht von 40 Mitarbeiterinnen.

Barsche Kommandos, kleinliche Kontrollen und Änderungskündigungen: In der Luzerner Spitex MBS regiert das Misstrauen statt der Anstand.

TREFFEN OHNE ERGEBNIS Zu viele Anstellungen hat auch Martina Suter erlebt, eine weitere Pflegerin. Eines Morgens war sie krank und meldete sich ab. Da rief die Leitende Pflegerin an und wies sie an, in Menziken einen Coronamarkt machen zu lassen. Pflegerin Suter wollte aber ins Freizeitzentrum.

DIALOG: Die Spitex-Chefin Daniela Hüscher schreibt auf work-Anfrage, man

sucht. Der Vorstand stellt die Geschäftsleitung ein, ist somit ihr Vorgesetzter. Es ist schade, dass gerade im Bereich der Spitex, in dem mit so viel Herzblut gearbeitet wird, solche Arbeitsbedingungen vorkommen. So ist es ein Vorteil, wenn auch das Kader immer wieder mal auch am Wochenende am Bett arbeitet, um den Fokus nicht zu verlieren.

ANGELINA HORBER, VIA FACEBOOK

Leider nicht die einzige Spitex ...

Ich finde es sehr gut, dass die Frauen sich wehren. Man kann sich nicht alles gefallen lassen! Leider ist dies nicht die einzige Spitex mit solchen Problemen. Ich musste auch wechseln. In der jetzigen Spitex bin ich viel zufriedener und werde mit Anstand und Respekt behandelt.

CICHOWLAS SIMONE, VIA FACEBOOK

Was für eine Barbarei!

Bravo an diese drei Pflegerinnen, solche Barbareien gibt es in anderen Arbeitsstellen leider auch, und es geht oft lange, bis es jemand merkt und etwas gegen solche Leute unternommen wird.

MARKUS STADLER, VIA FACEBOOK

WORK 6 / 1.4.2022: «AMHERD AUSSER RAND UND BAND»

Ein paar Fragezeichen zum F-35

Zu Russland hätte man erwähnen können, dass dieser Staat von korrupten Geheimdienstlern geführt wird, wo das Volk dazu da ist, als Kanonenfutter verheizt zu werden. Und wer nicht spürt, wird liquidiert. Und das schon seit zwei Jahrzehnten. Bei der Beschaffung des F-35 darf man ruhig auch ein paar Fragezeichen setzen. Zum Glück gibt es in der Schweiz ja keine Korruption ... Die Beschaffung dient vor allem dazu, das überflüssige Oligarchen-Geld los zu werden und den Militärpiloten

interessante Flugmanöver zu bieten. Dabei wäre es gewinnbringender, das Geld in die dienstleitenden Soldaten zu investieren, damit sie im Kriegsfall wissen, für welche Geldsäcke sie das Land verteidigen sollten.

PAUL BIND, PER MAIL

WORK 6 / 1.4.2022: FRIEDEN JETZT!

Kompakte und genaue Schilderung

Die work-Nummer vom 1. April ist sehr gut. Eine kompaktere und doch so genaue Schilderung der Faktenlage der Vorgeschichte des Kriegs gab's nirgendwo sonst. In den schwergewichtigen Blättern wie der NZZ reiben sich die «wichtigen» Herren der Schöpfung mit langen Texten einen ab, nicht so im work. Und auch Spitze, dass der kluge Andreas Zumach zu Wort kommt! Die Seiten 10 bis 18 sind ein umfassender Bericht von Ursachen und Wirkungen des Kriegs. Das ist gute, vertiefte Information ohne Journi-Star-Dünkel (wie anderswo). Bravo!

FRANZISKA OLIVER, ZÜRICH

WORK 6 / 1.4.2022: WER IN DIESEM LAND DIE ARBEIT MACHT

Witzig und doch ernsthaft

Sehr schön, diese Bilder von Daniel Lienhard. Witzig und ernsthaft zugleich rückt er diejenigen ins Licht, die wir sonst gar nicht sehen.

ALINA SPIESSER, PER MAIL

WORK 6 / 1.4.2022: «DIE CHEFINNEN HABEN UNS SCHIKANIERT»

Wo bleiben die guten Führungskräfte?

Das fühlt sich nicht gut an – wo sind denn die geschulten Führungskräfte? Es gibt genug gute Coaches, und das gute Pflegepersonal sollte es einer Einrichtung wert sein, mit ihnen eine Mediation durchzuführen.

MONA BASLER, VIA FACEBOOK

Und was tut der Vorstand?

Es erstaunt mich, dass der Vereinsvorstand der Spitex nicht einschreitet und mit der Leitung das Gespräch



MEHR ZEIT FÜR ZUKUNFT! Hunderte demonstrieren am Klima-Aktionstag in Zürich für eine Arbeitszeitverkürzung. FOTO: UNIA



ACHTUNG, HEISS! Klima-Demo in Zürich. FOTO: UNIA



KLIMASTREIK & Co.: Vielfältiges Engagement. FOTO: M. L.



«WENIGER ARBEITEN!» Ein junger Demonstrant in Neuenburg. FOTO: UNIA



STÜCK FÜR STÜCK DIE ARBEITSZEIT ABSÄGEN: Aktion der Unia-Gärtnerinnen und Gärtner auf dem Bundesplatz in Bern. FOTO: MATTHIAS LUGGEN

Klimastreik: Schweizweite Demos für eine Arbeitszeitverkürzung

«Wir müssen raus aus dem Hamsterrad!»

Nach zwei Pandemie-jahren meldet sich die Klimabewegung zurück – in einer neuen Allianz und mit einer alten, aber hochaktuellen Gewerkschaftsforderung!

JONAS KOMPOSCH

Die Klimabewegung war nicht untätig in den Pandemie-jahren. Das stellte sie am 9. April eindrücklich unter Beweis. Mit dem Strike for Future gab sie ihr Comeback auf der Strasse: In mindestens 25 Schweizer Städten fanden

Aktionen und Proteste statt. Und beteiligt waren diesmal nicht nur Jugendliche, sondern Leute jeden Alters, feministische Kollektive und Gewerkschaften. Ist die neue Breite das Resultat eines gesteigerten Bewusstseins für die Klimaproblematik? Möglich. Sicher aber ist sie der breit abgestützten Forderung zu verdanken: «Arbeitszeitreduktion jetzt!» Warum weniger chranpfen nötig ist, erklärte Peppina Beeli, Unia-Verantwortliche für Klimapolitik, an ihrer Rede in Zürich: «Die Schweiz hat die längsten Vollzeitpensen Europas! Seit 20 Jahren sind unsere Arbeitstage fast unverändert lang geblieben.» Letztmals habe der Landes-

streik von 1918 für eine massive Arbeitszeitreduktion gesorgt. Dabei seien die Folgen überlanger Arbeitstage so verheerend wie vielfältig: «Sie schaden der Gesundheit, sie schaden insbesondere den Frauen, und sie schaden der Umwelt.»

ERST DER STARTSCHUSS

Laut Beeli leidet heute jede dritte Person unter Stress und Erschöpfung. Und wer ständig gestresst sei, lebe fast zwangsläufig emissionsintensiv, könne weder zu sich noch zur Umwelt Sorge tragen. Hinzu komme der noch schädlichere Luxuskonsum jener, die durch die Arbeit der Gestressten Milli-

onen anhäufen. Für Beeli ist daher klar: «Aus diesem schädlichen Hamsterrad müssen wir ausbrechen!» Applaus in der Menge. Diese jedoch konnte zahlenmässig nicht mit früheren Dimensionen mithalten. In Zürich und Bern gingen jeweils nur 1000 Menschen auf die Strasse. Anna Lindermeier vom Strike for Future sieht zwei Gründe dafür: «Zuerst hat Corona unsere Dynamik unterbrochen, und jetzt dominiert der Ukraine-Krieg.» Dennoch ist Lindermeier zufrieden. Denn die Forderung nach einer Arbeitszeitverkürzung sei endlich wieder im ganzen Land präsent. Und sie versichert: «Das war erst der Startschuss!»



Guila Bezio, 22, Kioskverkäuferin, Studentin
«Wir arbeiten seit 30 Jahren gleich lang, aber der Lohn ist nicht wirklich gestiegen. Die Produktivität hat hingegen enorm zugenommen. Und für mich bringt der Arbeitskampf nur etwas, wenn wir eine intakte Erde haben.»



Charles Serou, 27, Lüftungsplaner: «Wir brauchen endlich mehr Zeit für uns. Und für den Aufbau einer neuen Welt. Verändern können wir alle etwas. Ich bin Lüftungsplaner, und bei uns wird vieles einfach weggeworfen statt repariert – bloss aus Kostengründen!»



Jasmine Müller, 31, Sozialarbeiterin: «Auch aus feministischer Sicht sind kürzere Arbeitstage enorm wichtig. Denn wir alle brauchen mehr Zeit, damit sich die Sorgearbeit gerecht verteilen lässt. Und wir brauchen mehr Zeit für die schönen Dinge im Leben!»



Annick Stricker, 22, Zimmerin: «Auf dem Bau ist es leider eine Realität, dass wir 10 oder 11 Stunden chranpfen, dass wir Stunden «brätschen». Momentan habe ich das Glück, dass ich für eine Bude arbeite, bei der wir Pausen machen. Aber es wäre schon gut, wenn diese Arbeitszeitverkürzung eine Realität wäre.»



Eline Ludi, 14, Schülerin: «Ich Sorge mich um meine Zukunft. Und ich möchte, dass in Zukunft alle Menschen auf der Welt gleiche Rechte haben, Männer und Frauen.»



Simon Schmutz, 37, Landschaftsgärtner, «Wir fordern eine 4-Tage-Woche. Erholte Leute sind produktiver als ausgebrannte, und es gibt genug Arbeit für alle. Und weniger arbeiten wäre auch gut gegen die Überproduktion von Dingen, die man eigentlich nicht braucht. Weniger arbeiten, für mehr mehr Leben und gezielten Konsum.»



Vera Buchmüller, 17, Schülerin: «Dass uns die Gewerkschaften unterstützen, finde ich super. Aber eine Arbeitszeitreduktion hilft ja nicht nur dem Klima. Mit ihr liesse sich auch die notwendige Arbeitslast auf mehr Schultern verteilen.»



Pascale Dalin, 53, Kranführer: «Die Klimakatastrophe löst sich nicht von alleine. Wir alle müssen jetzt für Veränderung einsteigen und auch unser eigenes Konsumverhalten ändern. Esst weniger Fleisch!»



Mehtap Cuenca, 68, pensionierte Verkäuferin: «Früher hatte ich keine Zeit fürs Demonstrieren. Denn samstags musste ich immer im Laden stehen, und der Stress hat zuletzt sehr angezogen. Dabei ist es so wichtig, für das Klima auf die Strasse zu gehen. Es ist ja schon fast zu spät!»

Sozialabbauer? Lohndumper? Jobvernichter? work nennt die Namen. Angriffig, kritisch, frech.

work abonnieren. Für nur Fr. 36.– im Jahr jeden zweiten Freitag direkt ins Haus.

Vorname/Name _____
 Strasse _____
 PLZ/Ort _____
 Telefon/E-Mail _____

work, Abodienst, Postfach, 3000 Bern 16. www.workzeitung.ch

WORKIMPRESSUM work ist die Zeitung der Gewerkschaft. Herausgeberin work, Gewerkschaft Unia. Verlag und Redaktion: Weltpoststrasse 20, 3000 Bern. Postadresse Postfach, 3000 Bern 16. Telefon Verlag und Redaktion 031 350 24 18. E-Mail Verlag: verlag@workzeitung.ch. E-Mail Redaktion: redaktion@workzeitung.ch. Internet: www.workzeitung.ch. Redaktion: Marie-Josée Kuhn (Chefredaktorin), mariejosee@workzeitung.ch; Anne-Sophie Zbinden (Stv. Chefredaktorin, Produzentin), annesophie@workzeitung.ch; Christian Egg, christianegg@workzeitung.ch; Ralph Hug, ralphhug@workzeitung.ch; Jonas Komposch, jonaskomposch@workzeitung.ch; Patricia D'Incau (Digitalredaktorin), patriciadincau@workzeitung.ch; Mitarbeiter an dieser Nummer: Katrin Bärtschi, Peter Bodenmann, Oliver Fahrni, Sarah Forrer, Kathrin Gerlof, Martin Jakob, Mattia Lento, Andreas Rieger, Michael Stötzl, Clemens Studer, Jean Ziegler. Gestaltung/Layout: Nina Seiler, ninaseiler@workzeitung.ch; Silvia Aeschbach, silviaaeschbach@workzeitung.ch. Korrektorat: Urs Remund, ursremund@workzeitung.ch; Andrea Leuthold. Sekretariat: Fabienne Jallily (Di, Mi, Fr vormittag), verlag@workzeitung.ch. Anzeigenmarketing: Fabienne Jallily, Telefon 031 350 24 18, anzeigen@workzeitung.ch. Druck: CH Media Print AG, Im Feld 6, 9015 St. Gallen. Abonnement: Jahresabonnement (21 Ausgaben) Fr. 36.–, Einzelpreis Fr. 2.80, Euro 2.–. Abodienst: Unia-Mitglieder: Bitte wenden Sie sich an die zuständige Unia-Sektion. Übrige Abonnenten: Mo-Fr 9–11.30 Uhr, Telefon 031 350 24 18, abo@workzeitung.ch. Auflage: 69'344 inkl. Beilagen für alle Mitglieder der Gewerkschaft Unia.